

Danziper



Beitung.

No 16453.

Die "Danziper Beitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettelerstrasse Nr. 4. und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petzile oder deren Raum 20 S. — Die "Danziper Beitung" vermitteilt Insertionsanträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen

1887.

Politische Uebersicht.

Danzig, 13. Mai.

Die Reform der directen Steuern in Preußen.

Erhöhung der Getreidezölle, Wollzölle, Staatsunterstützung der Kartoffelbrenner und Kapitalrentensteuer — die Herren sind schwer zu befriedigen, so schwer, dass selbst die Regierung nachgerade nicht mehr Schritt halten kann. Zu dem Antrag Althaus und Genossen, welcher die Regierung auffordert, in Anknüpfung an die Arbeiten von 1883, Vorlagen betreffend die Reform der Kassen- und Einkommenssteuer — die Einführung der Kapitalrentensteuer u. s. w. zu machen, konnte selbst Finanzminister v. Scholz gestern im preußischen Abgeordnetenhaus nur erklären, dass die Reform der directen Steuern zur Zeit wenig Aussicht habe. Der preußische Finanzminister erklärte sich demnächst gegen die Verquälung dieser Steuerreform mit parlamentarischen Machtsachen, gegen die Vereinigung des Wahlrechts und gegen die Aufhebung der Steuerfreiheit der Reichsummittelbaren und machte darauf aufmerksam, dass die Kapitalrentensteuer zahlreiche Gegner habe, welche nicht nur das mobile, sondern auch das fundierte Kapital heranziehen wollten. Nachdem Abg. Rickert die große Beunruhigung schlagend beleuchtet, welche durch die Erklärung des Ministers Lucas und namentlich durch die Ankündigung eines Sperrgesetzes in das Land getragen und durch welche Millionen verloren worden, bemerkte er, dass Schidhal des Antrags Althaus sei nach der ironischen Abfertigung, welche derselbe durch den Finanzminister erfahren habe, nicht zweifelhaft; namentlich deshalb nicht, weil die Antragsteller einen finanziellen Mehrertrag nicht wollten. Die Freisinnigen würden keinen Reformantrag zustimmen, welcher nicht die Dottifirung der Personalsteuer enthalte. Graf Ranitz suchte die Conservativen gegen die Verantwortlichkeit für Börsenspeculationen zu verteidigen, welche durch den Antrag auf Erhöhung der Getreidezölle veranlasst wurden, oder, wie Frhr. v. Minnigerode sich nachher in einer für die offizielle Presse wenig schmeichelhaften Weise ausdrückte, für den „Cancan“ an der Börse“.

Die notorische Thatsache weggzuleugnen, dass die herrschende Beunruhigung namentlich im Getreidehandel eben durch das Vorgeben der Herren v. Minnigerode und Genossen hervorgerufen ist, wird natürlich Niemandem gelingen, auch Herrn Grafen Ranitz nicht, aber dankbar hat man diesem Redner zu sein für das offene Zugeständnis, dass er mache, dass nämlich die höheren Kornzölle wohl aufgeschoben, aber nicht aufgehoben seien. Swarz ist uns das schon seit einiger Zeit nicht mehr zweifelhaft gewesen. Aber gut ist es doch, wenn es recht offen vor dem ganzen Lande stattfindet, dass das Fällenlassen der Schutzollaktion für jetzt nur ein tactisches, durch die Vorsicht gebotenes Manöver ist, und dass man sie wieder aufnehmen wird — sobald nur erst die Brannweinsteuer geboren ist. Eine bessere Mahnung für die von dieser Interessentengruppe bedrohte breite Massen des Volkes, die Augen offen zu halten, kann es nicht geben.

Der Antrag der centralen Parteien, über den Antrag Althaus zur Tagesordnung überzugeben in der Erwartung, dass die Regierung mit entsprechenden Vorlagen vorgehen werde, ging natürlich durch — die „centralen“ Parteien, Freikonservative und Nationalliberale mit dem Centrum Arm in Arm, gerade so wie im Reichstage dieser Tage die nationalen aller „Nationalen“ in inniger Gemeinschaft mit den „Reichsfreunden“ einherwandeln! Im Reichstage gehörten zu dieser regierungsfreundlichen Phalanx bei der Brannweinsteuer — und nicht zu vergessen wird deren Lösung mit Vorliebe wieder als etwas „nationales“ bezeichnet — auch die Polen und Elsässer. Und welche Fluth von Schmähungen hat sich auf die Hauer der Freisinnigen ergossen, wenn die Polen oder „Franzosen“ früher einmal in dieser oder jener noch in unbedeutenden Frage, z. B. bei dem berühmten dritten Director, mit den Freisinnigen zusammengingen! Jedes derartige Zusammengehen genügte zu Vorwürfen gegen letztere wie Landes- und Hochverrätter. Dämmt den „Nationalen“ jetzt, wo sie ein anderer Wellenflag in der Politik mit den „reichsfreindlichen“ Elementen zusammengeführt hat, ein Schimmer von der Qualität dieser Kampfschiffe? Schwerlich; aber sicher wird der so interpellire „Nationale“ den Einwand machen: Ja Bauer, das ist eben etwas anderes!

Das Seunfallgesetz.

Die Unfallversicherungscommission ist gestern in der Berathung der Unfallversicherung für Seeleute eingetreten und hat die Generaldiscussion ziemlich rasch erledigt. Der Vertreter Hamburgs, Abg. Wörmann wiederholte im einzelnen die Bedenken gegen die Grundlage der Berechnung der Vorlage, welchen er bereits bei der ersten Berathung im Plenum Ausdruck gegeben hatte und auf welche er die Auffassung stützte, dass der Gesetzentwurf die Röhre, namentlich in der Periode der Umgestaltung, in der sich die Segelschiffahrt befindet, und gegenüber der Concurrenz der Engländer zu schwer belasten würde. Der in der Vorlage gemachte Vorhalt, die Röhre zu ermächtigen, zwei Procent der Heuer als Entschädigung für die Kosten der Krankenfürsorge der Seeleute einzubehalten, bezeichnete Wörmann als unannehmbar, befürwortete dagegen die Heranziehung der Seeleute zu den Kosten der Unfallversicherung. Der Vorhalt Wörmann's ging dahin, ein Drittel der Entschädigungsosten vorweg auf die Röhre umzulegen, daneben aber aus Beiträgen der Röhre und der Seeleute, welche sich auf 2 Procent der Heuer jährlich zu belaufen hätten, einen Fonds zu schaffen, aus welchem die übrigen zwei Drittel der Entschädigungen zu decken sein würden.

Dieser Vorhalt entspricht, wie man sich erinnert, den Beschlüssen, welche z. B. die Ausschüsse des Bundesrats bei der Berathung dieses Gesetzes

gesetzt hatten, die aber bei der Berathung im Plenum des Bundesrats durch die jetzigen Bestimmungen der Vorlage ersetzt worden sind. Von derselben Vorhaltung wie Herr Wörmann ging auch der Fraktionen genossen derselben, Bürgermeister Hoffmann (Königsberg) aus, nämlich dass die Ansprüche, welche die Vorlage an die Röhre stelle, jetzt wenigstens zu hoch seien. Während aber Wörmann die Leistungen nach den Vorschlägen der Regierungsvorlage und in Übereinstimmung mit den bereits in Kraft stehenden Unfallgesetzen zu normieren bereit ist, wenn eine Erleichterung für die Röhre durch die Heranziehung der Seeleute zu den Kosten herbeigeführt wird, macht Herr Hoffmann den Vorschlag, lieber für die ersten eine mögliche Schädigung zu gewähren. Im übrigen wurde auch seitens des Herrn Wörmann erklärt, dass man in Röhredekret das Zustandekommen des Gesetzes dringend wünsche.

Ob und in welcher Richtung eine Verständigung über die oben bezeichneten Vorschläge in der Commission gelingt, lässt sich zur Zeit noch nicht übersehen. Für's erste ist es selbstverständlich, dass die Vertreter der Regierung an der Vorlage festhalten und die Einbringung bestimmter Vorschläge abwarten.

Die Brannweinsteuer-Commission.

Die XV. Commission des Reichstages zur Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Besteuerung des Brannweins, hat den Abg. Dr. Miquel zum Vorsitzenden gewählt. Nach den Parteien gehören der Commission folgende Mitglieder an: Deutschconservative: v. Hellendorf, v. Wedell-Wallentin, Ubbens, Dr. v. Fregen, Frhr. v. Mirbach, Graf v. Kleist-Schmenzin, Reichspartei: v. Kardorff, Günther (Sachsen), Camp, Schulz; Nationalliberale: Dr. Buhl, Dr. Miquel, Dr. Tröndlin, Wörmann, Dubignau, Grub, Fieser, Dr. Sattler; Freisinnige: Dr. Witte, Dr. Meyer-Halle; Centrum: Spahn, Dr. Lieber, Szmulow, Graf v. Chamare, Frhr. v. Huene, Weber, Frhr. v. Gagern, Hesse. Unter den 28 Mitgliedern sind also 6 Deutsche, 8 Centrums, 4 Reichspartei, 8 Nationalliberale, 8 Freisinnige.

Heute Abend sollen die Berathungen beginnen.

Die Innungsnovelle im Reichstage.

Die erste Berathung der Innungsnovelle im gestrigen Sitzung des Reichstags hat zur Folge erkennen lassen, dass die Vorlage im Grunde Niemandem genügt. Die Abg. v. Kleist-Retzow, Miegner, Biehl sind unzufrieden mit dem Gesetz, weil es von der Zwangsimzung zu wenig enthält; der Einfluss ist es schon zu viel, und die Nationalliberalen, in deren Namen Herr Dr. Miquel auch gestern wieder sprach, wünschen einzelne Bestimmungen der Vorlage zu präzisieren, um die Verträglichkeit derselben mit der Gewerbefreiheit zu sichern. Auf das Schidhal der Vorlage darf man gespannt sein, da in der Commission, der die Berathung derselben obliegt, die conservativ-clericale zünftlerische Majorität das Terrain beherrscht. Es wird demnach lediglich davon abhängen, ob nicht schließlich ein Teil der Conservativen die Herren Bünzler im Sack lässt, um die Regierungsvorlage wenigstens als Abschlagszahlung durchzugeben.

Die bimetallistische Agitation.

Am 28. April d. J. erklärte im preußischen Abgeordnetenhaus der Wortführer der Bimetallisten, Dr. Arendt, dass ein Stillstand in der bimetallistischen Agitation in Deutschland eintreten werde, denn man werde jetzt, da die Reichsregierung einmal sich nicht überzeugen lassen wolle, England den Vortritt lassen. Zwei Tage später, am 30. April d. J., ist indessen eine neue Nummer der bimetallistischen Agitationsschrift „Der Kampf um die Währung“ ausgegeben worden, in welcher um weitere Beiträge für den deutschen Verein für internationale Doppelwährung gebeten und eine Reihe neuer Veröffentlichungen in Aussicht gestellt wird. Gleichzeitig wird mitgetheilt, dass der Schriftführer des Vereins, Dr. Arendt, bereitwillig auf Zuschriften Agitations-Material &c. übersenden werde. Die Einstellung der bimetallistischen Agitation in Deutschland scheint also noch in weitem Felde zu liegen, und das Vertrauen auf den baldigen Sieg des Bimetallismus in England, welches als Motiv für die Einstellung angeführt wurde, scheint zu jenen Prophezeiungen zu gehören, mit denen die Bimetallisten von jeher hannten und noch immer fiasco gemacht haben und an die sie, wie dieser Fall zeigt, auch selbst nicht glauben.

Glasser Landesvertragsprozess.

Die Untersuchung gegen den in Haft befindlichen deutschen Reichsangehörigen Klein dauert fort, und da derselbe angeklagt ist, landesverträthische Handlungen auf Anstiftung von Schnäbeln begangen zu haben, so wird die in Aussicht stehende Berathung vor dem obersten Gerichtshofe Deutschlands auch klarheit darüber schaffen, worin im Einzelnen die gegen Schnäbeln erhobenen Beschuldigungen bestehen und ob sie begründet sind.

Zu wünschen ist nur, schreibt die Münchener „Alg. Ztg.“, dass das Reichsgericht sich nicht durch die Beschaffenheit des Falles wegen möglicher Gefährdung der Staatsicherheit veranlasst sieht, die Deutlichkeit des Gerichtsverfahrens ganz auszuschließen. In diesem Falle wäre es leider nicht möglich, unwiderrücklich vor Europa darzuthun, in welchem Maße ein französischer Grenzbeamter unter Connivenz seiner Vorgesetzten die amtliche Stellung missbraucht hat, um deutsche Reichsangehörige für Geld zu verbrecherischen Handlungen gegen ihr Vaterland zu verleiten. Außer gegen Klein werden zur Zeit noch gegen neun andere Elsässer politische Prozesse auf Antrag des Oberrechtsanwalts geführt. Gegenstand dieses gerichtlichen Verfahrens sind Vorbereitungs-handlungen zum Hochverrat, Landesverrat, insbesondere Verrat von Militärgeheimnissen, Anstiftung zur Fahnenflucht deutscher Reichsangehöriger, Theilnahme an ungezüglichen Verbindungen u. s. w. Die Voruntersuchung wird von den vom Reichs-

gerichte aufgestellten Untersuchungsrichtern in Mühlhausen und Straßburg geführt und soll ihrem Abschluss sehr nahe gerückt sein.

Eine Ministerkrise in Frankreich

scheint nunmehr unausbleiblich zu sein. Das Votum der Budgetcommission, durch welches die Regierung aufgefordert wird, neue Ersparnisse vorzulegen, wird in parlamentarischen Kreisen als ein vollständiger Bruch zwischen der Commission und dem Ministerrat angesehen. Zur Schlichtung der Frage soll die Kammer in der nächsten Woche befragt werden. Der Ministerrat hat die Tagesordnung der Budgetcommission abgelehnt und beschlossen, den Ausgang der Verhandlungen abzuwarten, welcher am Montag oder Dienstag in der Kammer stattfinden werden.

Die Mehrzahl der gestrigen Pariser Blätter halten einer telegraphischen Nachricht aus Paris auf, dass der Rücktritt des Ministeriums für wahrscheinlich.

Die Ergebnisse der britischen Colonialconferenz.

Drei Wochen hindurch hat die Colonial-Commission in London ihre Berathungen abgehalten, welche den Zweck verfolgten, zwischen der englischen Regierung und den britischen Colonien ein Übereinkommen für die gegenseitige Vertheidigung der Integrität des grossbritannischen Reichs abzuschließen. Die Ergebnisse dieser Berathungen werden im Ganzen als sehr zufriedenstellend erachtet, wiewohl die australischen Bevollmächtigten ihrer Unzufriedenheit über die Politik der britischen Regierung in der neuen Hebridenfrage lautest Ausdruck gegeben haben.

Unter den erzielten Vereinbarungen ist als wichtigste die beschlossene Schaffung einer eigenen australischen Flotte zu nennen, welche dazu berufen sein wird, die britische Regierung zu unterstützen. Diese neue Flotte wird vorläufig auf Kosten der englischen Regierung erbaut und ausgerüstet werden, und verpflichten sich die australischen Colonien, während eines Zeitraumes von zehn Jahren jährlich 122 000 Pfund Sterling zu diesem Behufe beizusteuern. Ein ähnliches Uebereinkommen war schon vorher mit Canada getroffen worden. Die australischen Colonien haben es des weiteren auf sich genommen, im Jahr 1888 mehrere Forts zu erbauen, um zwar behufs Vertheidigung von King Georges Sound und Prince Royal Harbour im Süden Australiens und von Thursday Island in der Torresstraße. Auch wird ein australisches Artillerie-Corps aufgestellt, zu welchem Behufe die Colonie 27 000 Pf. St. beisteuert. Die englische Regierung ihrerseits wird einen Betrag von 13 000 Pf. St. für die Instandhaltung oben genannter Befestigungen und eine weitere Summe von 6000 Pf. St. als Beitrag für die Erhaltung der Besetzungen in ihr jährliches Budget einstellen; auch wird sie den Colonien Geschenke im Kostenpreise von 14 000 Pf. überlassen.

Die Einigung über alle vorstehenden Punkte wurde ohne Schwierigkeiten erzielt. Besonders der Neuen Hebriden gab Lord Salisbury den Delegirten zu verstehen, dass diese Frage wahrscheinlich im Sinne einer gemeinschaftlichen englisch-französischen Beziehung gelöst werden wird.

General Saletta's Wirken in Massaua.

Im italienischen Afrika macht sich bereits eine energische Action bemerkbar. General Saletta hat den Kriegsstand und die Blockade über alle mit Massaua correspondirenden Häfen und Landungsplätze, sowie über Massaua selbst verhängt und den Verkehr gegen Abessynien gesperrt. Alle verbürgten Personen wurden aus Massaua und allen von Italien occupied Gebiete herausgewiesen und der geheime Verkehr zwischen den italienischen und abessynischen Gebietsteilen bei Todesstrafe verboten. Eine wahre Plaza wurde unter den zahlreichen sich auf italienischem Gebiete herumtreibenden Kundschäfern ausgeübt und gegen 40 Personen als der Spionage verdächtig verhaftet. Massaua und alle übrigen von den italienischen Truppen besetzten Punkten werden — vorläufig für die Dauer von sechs Monaten — auf das reichlichste proviantiert und es herrscht ein wahrer Überfluss an Lebensmitteln, Arzneien und den gewöhnlichen zum Lebensbedürfnisse gehörenden Dingen, so dass das italienische Occupationscorps in Afrika, mit allem Nothwendigen auf das reichlichste versieht, ruhig die Zukunft und einem allenfallsigen Angriffe der Abessynier entgegenhat darf, da die derselben vorhandenen Streitkräfte vollständig hinreichen, um jeden Angriff zurückzuweisen und die angewiesenen Stellungen bis zur Vornahme der großen Expedition gegen Abessynien zu behaupten. Die letzten, von General Saletta erbetenen Verstärkungen von zwei Bataillonen Infanterie und 50 Geschützen sind bereits an den Ort ihrer Bestimmung abgezogen, und General Saletta hat erklärt, nun der Situation in jeder Richtung gewachsen zu sein.

Verhandlungen zwischen den aghasianischen Präsidenten.

Manschreibt dem „Musret“ aus Teheran: Zwischen Ahmed Ebub Khan und seinem Sohn Mirza (Zarden) lebenden Bruder Nabiullah Khan findet jetzt ein eifriger Depeschenvortheile statt, um die aghasianische Thronfolge definitiv zu regeln. Der Zar wünscht nämlich, dass sein Schüling Ahmed Ebub nicht als Revolutionär (Mustagab) sondern als gefeierter Thronpräendent Afghanistan betrete, um so Abdurrahman Khan, den die Engländer ohne jeden Rechtsanspruch auf den Thron erhoben, wieder von demselben verdrängen zu können. Dazu ist es aber notwendig, dass Nabiullah Khan, den die Afghanen noch heute als ihren rechtmäßigen Herrscher betrachten, dem Throne entagine. Dieser hat sich auch schon dazu bereit erklärt, doch ist noch folgendes Hindernis zu überwinden: Nabiullah Khan hat einen Sohn, Muja Khan, der heute siebzehn Jahre alt ist und der noch von seinem Großvater, Schir Ali, als sein präsumtiver Thronerbe bezeichnet worden ist. Indes sympathisiert auch dieser mit Russland und er will zu Gunsten

seines Onkels für jetzt seine Ansprüche auf den Thron fallen lassen. Er fordert jedoch, dass Ahmed Ebub ihn für den Fall, dass er keine männlichen Nachkommen hinterlässt sollte, wie es jetzt auch den Anschein hat, adoptiere, ihm eine seiner Töchter zur Ehe gebe und ihm auch nach der Thronbesteigung einen wichtigen Statthalterposten verleihe. Darüber wird jetzt zwischen den zwei Brüdern verhandelt.

Reichstag.

28. Sitzung vom 12. Mai. Namens der Budgetcommission berichtet Abg. Hammacher über den letzten Nachtrag zum Reichshaushaltsetat für 1887/88, der für einen Umbau auf dem Grundstück der Kaiserl. Botschaft in Paris, sowie zur Verfestigung der in Folge dieses Umbaus erwachsenden Kosten 111 300 M. verlangt. Der Referent empfiehlt die Annahme, welche ohne Debatte erfolgt.

Es folgt die erste Berathung des G. E. betr. die Änderung der Gewerbeordnung.

Abg. Weizner (Centr.): Die Hoffnungen, welche der Handwerksstand an die Anführungen der letzten Thronrede knüpfen durfte, sind durch die Vorlage nicht erfüllt worden. Sie wird sich als ein todgeborenes Kind erweisen und der angebliche Vorbehalt kann vielleicht sogar den Verfall der Innungen nach sich ziehen. Vorlage und Begründung stehen im stärksten Widerspruch mit einander. Redner sucht dies nachzuweisen. Trotzdem weist ich die Hoffnung, welche die Handwerker standen, auf. (Hört! hört!, bose vielmehr, dass ihr eine Commission den ihrer Begründung entsprechenden Inhalt gibst. Unter eistem conso bleibt: Die Gewerbefreiheit muss fallen! Weiter und Weit!)

Abg. Baumback (freil.): Gegen Commissionsberathung will ich mich um so weniger erklären, als ich hoffe, dass dort die gegen die Vorlage in Vorbereitung befindlichen Petitionen gründliche Begründung finden werden. Die Petitionen werden gleichzeitig die Schaffung von Gewerbergerichten befristen, ein Gedanke, von dem ich glaube, dass wir im Laufe der Legislaturperiode auf ihn werden zurückkommen müssen. Die Zahl der neu gebildeten und reorganisierten Innungen lässt nicht auf einen sehr regen Innungsteifer innerhalb des deutschen Handwerkstandes schließen. Außerdem hat weder Dr. Weizner noch Herr Biehl Recht, wenn sie 90 % der deutschen Handwerker hinter sich zu haben behaupten. Das Lehrlingsprivileg hat augenscheinlich noch nicht genügend geogen, und nun will man den Gehaltsbeitrag der außerhalb der Innungen Stehenden angreifen, um diesejenigen, welche den Innungen bisher fern geblieben sind, in dieselben hineinzuzögern. Für den Arbeitsnachweis machen die einzelnen Innungen ganz verschiedene Aufwendungen. Ähnlich steht es mit dem Herbergswesen. Was endlich die Fachschulen anbetrifft, so tragen zu den hier bestehenden von Stadt und Staat unterstützten Fachschulen die Innungen nur ganz geringe Beiträge von 200 bis 600 M. bei. Begründet ist, dass die Vorlage den Innungsbemühungen nicht viel bietet. Der Dr. Weizner hat schon angekündigt, dass man demnächst auch den Fabriken zu Leibe gehen will. Gewiss ist das kleine Handwerk durch die Großindustrie geschädigt worden, aber trotzdem bleibt die Fabrik aus dem Spiele, man will ihr nicht zu Leibe gehen kann.

Geb. Rath Lohmann verteidigt die Vorlage gegen den ersten Redner.

Abg. v. Kleist-Rochow (conf.): erkennt die Bestrebungen der Regierung für das Handwerk an, tadelt aber, dass die Vorlage die letzte Entscheidung in die Hand der höheren Verwaltungsbehörden legt.

Geb. Rath Lohmann rechtfertigt diesen Ratshaus-der im Interesse gerechter Entscheidung notwendig ist. Abg. Kräuter (Soc.): Wenn in den Städten die gesamte Bürgerschaft zu den städtischen Fachschulen in den Stewern ihre Beiträge entricht, so ist es unzureichend, dass die Gesellen noch einmal bezahlen sollen für ähnliche Einrichtungen, welche eine einzelne Gesellschaftsklasse besteht. Durch Ablehnung des Normalarbeits-tags haben Sie den Gesellen auch die Möglichkeit genommen, jene Schulen zu besuchen. Das arbeitende Volk hat ein viel größeres Vertrauen zu den Schiedsgerichtsmitgliedern der Kommunen, als

angriff. Nachdem die rechte Colonne sich zum Gefecht entwickelt hatte, wurde sie in ihrer rechten Flanke durch feindliche Cavallerie — das Garde-Husaren-Regiment, geführt durch den Prinzen Wilhelm — angegriffen. Die Cavallerie-Attacke wurde durch das entworfene I. Garde-Regiment durchgeritten und das letztere nahm alsdann die Angriffsbewegung wieder auf, gewann allmählich Terrain und ging auf nähre Entfernung vom Feinde zum Sturm über. Der geworfene Feind wurde zunächst durch Feuer und dann durch eines der Bataillone verfolgt. Hiermit schloß die Darstellung des Gefechtes. Ein Paradesmarsch des I. Garde-Regiments zu Fuß und des Garde-Husaren-Regiments beendete die Beleidigung. Das I. Garde-Regiment zu Fuß exercierte mit Blaskapellen und brachte in den geeigneten erscheinenden Momenten das Magazinfeuer zur Darstellung. Dem militärischen Schauspiele wohnten die Prinzessin Wilhelm, der Erbprinz und die Erbprinzessin von Meiningen bei.

Vom Hornfelsberg führte der Kaiser nach der Villa des Herzogs Johann von Mecklenburg, hielt sich dort kurze Zeit auf und begab sich dann nach der Kaserne der Garde-Husaren. Auf dem Hofe war das ganze Regiment aufgestellt. Das Offiziercorps, mit Prinz Wilhelm an der Spitze, empfing den Kaiser am Hauptportale. Vor dem Frühstück fand die Feier des Richtstiftes des neuen Offiziercasinos der Garde-Husaren statt. Unter den Klängen des Papenheimer Marsches wurde die Richtstange emporgezogen. Der Kaiser stand während der Feier am Fenster des alten Offiziercasinos. Um 4 Uhr verließ er die Kaserne und fuhr über Babelsberg nach Berlin zurück.

Berlin, 12. Mai. Die Budersteuer-Vorlage ist vorläufig, wie es scheint, nur bildlich im Bundesrat an die Ausfälle verwiesen worden; bisher wenigstens soll (wie schon telegraphisch gemeldet) D. R. der Gesetzentwurf den Mitgliedern des Bundesrats noch nicht gedruckt vorliegen. Es ist aufgefallen, daß Herr Alquier in seiner gestrigen Rede gegen Richter bemerkte, derselbe habe

die Gunnahmen aus der neuen Budersteuer auch schon in Betracht gezogen, man wisse aber noch nicht, ob die Vorlage dem Reichstag schon bald zugehen werde. Selbstverständlich wird der Entwurf der ja auch die Vorchriften über die Erhebung der Consumsteuer enthält, im Bundesrat nicht von heute auf morgen erledigt werden können. Bis jetzt gehen die Meldungen nur darüber aus, ob der Berechnung der Exportprämie ein Niederschlag von 10 : 1 oder von 9 : 1 zu Grunde gelegt ist.

Anschließend ist die erste Angabe die richtige. L. Berlin, 12. Mai. In parlamentarischen Kreisen hat es Aufsehen erregt, daß der Abg. Oehlhäuser gerade in dem Augenblick, wo die parlamentarischen Arbeiten in die kritische Periode eintreten, einen dreiwöchentlichen Urlaub, angeblich zu einer Reise angekündigt hat. Ob der Entschluß des Herrn Oehlhäuser durch das Desaster hervorgerufen worden ist, welches Herr Dr. Alquier gestern der Oehlhäuser'schen Erklärung bezüglich der Notwendigkeit, daß der Süden auch auf das Relevatricht bezüglich der Budersteuer verzichtet, zu Theil werden läßt, mag dahingestellt bleiben. Man erinnert sich, daß Herr Oehlhäuser auch vor zwei Jahren, nachdem er der neuen Budersteuer-Vorlage gegenüber wesentliche Vorbehalte gemacht hatte, sich den weiteren Verhandlungen, welche zur Annahme des Gesetzes führten, durch Beurlaubung entzog. Die jetzige Abreise des Herrn Oehlhäuser erhebt auch deshalb auffallend, weil der Vorsitz der Arbeitsprüfungskommission, deren Vorsitzender er ist, in der nächsten Zeit auf die Tagesordnung kommen wird.

Herr Oehlhäuser hat die Arbeiten dieser Commission in einer Weise beschleunigt, welche mit der nunmehrigen Abreise nicht im Einklang steht. L. Berlin, 12. Mai. [Die Nationalliberalen und die Gewerbebefreiheit.] In der heutigen Sitzung der Petitions-Commission standen Petitionen einer Reihe von Handelskammern, Hannover, Goslar, Göttingen, Harburg, Hildesheim, Lüneburg, Osnabrück, Verden, Ravensburg, Ludwigshafen, Heidelberg, Nordhausen u. s. w. gegen Hausratshandel, Wandlerlager, Waaren-Absatzungsgefäße u. s. w. zur Diskussion. Der Referent Abg. Höhe beantragte die Ueberweisung der Petitionen an den Reichskanzler zur Besichtigung. Der Correferent, Abg. Baurschmidt (nat.-lib.), stellte den Antrag auf Überweisung zur Erwähnung, während die freifinnigen Abg. Lüders und Goldschmidt den Uebergang zur Tagesordnung beantragten. Der Antrag Baurschmidt wurde angenommen, obgleich der Regierungskommissar, Geb. Ober-Reg. Rath Löhrmann, sich gegen die Petitionen aussprach, welche schon wiederholt, auch im Jahre 1882 Gegenstand der Gütererwerbung gewesen seien. Diese Erinnerung an das Jahr 1882 ist in der That von Interesse. Denn damals bekämpften die Nationalliberalen Anträge, welche mit der Gewerbebefreiheit lange nicht in so schroffem Widerspruch standen, wie diejenigen, welche sie heute der Regierung „zur Erwähnung“ überwiesen haben.

* [Abg. Graf Behr - Behnhof] ist in seiner Heimat, wohin er sich wegen schwerer Erkrankung (Diphtheritis) seiner Gattin und Tochter begab, ebenfalls erkrankt, doch ist, dem Berneben nach, Grund zu ernstern Besorgnissen zunächst nicht vorhanden.

* [Als Kandidat für den fürstbischöflichen Suhl in Breslau] nennt die „Magdeburg.“ jetzt den Canonicus Sökel in Breslau und führt hinzu, daß derselbe in Berlin und in besonderen bei Hofe als Person grata angesehen werde.

* [Zum forstlichen Staatsexamen] sind gegenwärtig 85 Forstreferendare zugelassen, welche augenscheinlich zu Berlin im Examen begriffen sind, welches am 17. d. Mts. in seinen sämtlichen Sectionen beendet sein wird. In der ganzen Monarchie werden durchschnittlich jährlich 30 bis 35 Oberförster abgängig, also ebenjoviel Stellen neubesetzt, so daß, wenn ein gewisser Procentsatz, welcher von den 85 Kandidaten im Examen durchfällt, abgerechnet wird, der Zuwachs von Forstassessoren oder Candidaten für Oberförsterstellen aus dem gegenwärtigen Examen 2 bis 2½ mal so groß sein wird, als das jährliche Bedürfnis beträgt. Nun finden aber die Prüfungen zu Forstassessoren bekanntlich zwei mal im Jahre statt, so daß die jährliche Anzahl vielleicht 2 mal 85 = 170 beträgt. Wenn daher gegenwärtig nach beendeten Forstexamen die Forstassessoren etwa 8 Jahre auf Austritt als Oberförster zu warten haben, so wird diese Frist für die in den folgenden Jahren Examinierten schon um 4 bis 5 Jahre verlängert, falls der Zuwachs der Forstassessoren in demselben Maße fortduert, und in einigen ferneren Jahren wird man ausrechnen können, daß die Forstassessoren gegen 50 Jahre alt werden, ehe sie auf eine Oberförsterstelle Anspruch erheben können. In der Wirklichkeit wird es ganz so schlimm nicht werden, zumal in den letzten Jahren eine ziemlich erhebliche Abnahme von Studirenden der Forstwissenschaften sich bemerkbar gemacht hat.

Δ [Enquête.] An den Bundesrat waren Eingaben zur Herbeiführung einer Enquête über die Consequenzen der Theilzahlungen gelangt. Die

Eingabe ist dem Reichskanzler überwiesen worden und es steht zu erwarten, daß man auf die Angelegenheit zurückkommen wird.

* [Biersteuer.] Herr Gamb hat bekanntlich dieser Tage im Reichstag den Wunsche nach einer Biersteuer-Ausdruck gegeben und dies eben in den Reihen der Steueranwälte weiter. So schreibt die gewerbene „Schles. Atg.“ triumphhirt: „Die neue Brauerei-Biersteuer ist nur der erste Schritt. Mit der ausgiebigeren Besteuerung der „Luxusartikel des Volkes“ ist der Anfang gemacht. Die Barriäre, welche eine ausgiebige Besteuerung des Bieres, aus dessen Massenkonsum mit Leidigtigkeit 100 Millionen erzielt werden können, bisher gezogen war, ist gefallen.“ — Als neue 100 Millionen möchte man „erzielen?“ Schöne Aussichten!

* [Ein interessanter Fall] ist in Hagen zur gerichtlichen Entscheidung gelangt. Laut einer von der Polizeibehörde zu Bremen erlassenen Verfügung haben Reisende, welche in dortigen Hotels und Birthäusern logieren, bei der Abreise das Ziel ihrer Reise anzugeben. Die Reisenden, die im zwei Witten Hotel logierten, weigerten sich, diese Angabe zu machen, da bisweilen ein geschäftlicher Schaden für sie dadurch entstehen könnte, und wurden deshalb die beiden Hotelbesitzer, die ihre Gäste nicht zur Unterschrift zwingen konnten, wegen nicht vorbehaltsgläufiger Führung des Fremdenbuches von der Polizeibehörde in Strafe genommen. Auf eingegangenen Widerstreit gegen das polizeiliche Strafmaul erlaubte das Schaffengericht auf Freisprechung, weil die Reisenden gesetzlich nicht gezwungen werden können, derartige Angaben zu machen. Gegen dieses Urteil hatte die königl. Amtsgerichts-Konsultation eingeklagt, welche im Berufungsgericht in dem Landgericht in Hagen als unbegründet verworfen wurde.

* [Hilfsarbeiter in der Reichskanzlei] An Stelle des Aboordneten von Reinhaben, den inzwischen seine neue Stelle als Polizeipräsident in Biesbaden angetreten, ist der Legationsrat v. Schwarzkoppen vom auswärtigen Amt als Hilfsarbeiter in die Reichskanzlei berufen worden.

Leipzig, 11. Mai. Die Grundsteinlegung zum Bau des Reichsgerichts ist, nach einer Meldung der „A. Atg.“, bis zum Städtemitter verhoben.

Cos., 12. Mai. Die Frau Kronprinzessin hat mit den Prinzessinen Victoria, Sophie und Margaretha heute Abend 6 Uhr die Rückreise nach Potsdam angetreten. Der Kronprinz gab bis zum Bahnhof das Geleite.

München, 12. Mai. Der bisherige Muntins di Pietro ist heute nach Rom abgereist.

Frankreich.

Paris, 12. Mai. Der Verkauf der Kroniamanten hat heute seinen Anfang genommen. Zu demselben hatten sich gegen 250 inländische und ausländische Juweliere und zahlreiche andere Interessenten eingefunden.

Der Botschafter Herbet hat seine Rückreise nach Berlin auf nächsten Sonnabend festgesetzt. (W. C.)

Paris, 12. Mai. Der „Matin“ will wissen, daß keine einzige europäische Macht sich offiziell an der Weltanstaltung beteilige.

England.

London, 12. Mai. [Unterhaus.] Unterstaats-Secretär Ferguson erklärte, die Regierung werde sich an der im Jahre 1889 in Paris stattfindenden Ausstellung nicht offiziell beteiligen, denjenigen aber, welche dieselbe besichtigen, erleichterungen gewähren.

Der Unterstaats-Secretär für Indien, Gorst, beantragte die zweite Lesung der Vorlage, welche dem Herzog von Connaught gestattet, zum Regierungsbildum der Königin nach England zurückzufahren zu dürfen, ohne seinen Posten als Oberbefehls-haber in Indien niederlegen zu müssen.

Italien.

Florenz, 12. Mai. Im Beisein des Königs, der Königin, des Kronprinzen, des Ministers Banadelli, der Vertreter der freien Mächte, der Präsidien des Senats und der Deputirtenkammer, sowie zahlreicher anderer Würdenträger fand heute unter dem Gedenke aller Gloden die feierliche Einhüllung der neuen Domfassade statt. Der Domplatz und die umliegenden Straßen waren reich mit Flaggen geschmückt. Vom Erzbischof wurde ein Hochamt gecelebriert und dabei der päpstliche Segen ertheilt. Der König und die Königin mit den anderen Ehrengästen wohnten dem Hochamte bei.

Serbien.

Belgrad, 12. Mai. Die Königin ist mit dem Kronprinzen heute früh mittels Separaldampfers nach Turn Severin abgereist und wird von dort die Reise per Bahn fortführen.

Australien.

Moskau, 8. Mai. Gestern begannen, wie der „M. L.“ berichtet, die Gefangenena-Transporte von Moskau über Nijsni-Novgorod nach Sibirien. Die Gefangenen werden bekanntlich von fast allen Orten des europäischen Russland, des Barthums Polen und Finnlands nach Moskau gebracht, um während der Navigationsperiode von hier nach Sibirien abgefertigt zu werden. In diesem Jahre sollen circa 16 000 Personen auf der bezeichneten Route befördert werden; davon sind ein Drittel Verbrecher, die übrigen aber Frauen und Kinder derselben und überhaupt solche Personen, welche den Verbrechern freiwillig an ihren Verbannungsort folgen. Die Transporte werden Mittwochs und Sonnabends expediert, der letzte Transport geht am 19. September von hier ab. Die einzelnen Partien (insgesamt sind deren 32) werden bei ihrem Eintreffen in Nijsni-Novgorod direkt aus den Eisenbahnwaggons in die zum Weitertransport bestimmten Wagen übergeführt.

Amerika.

New York, 12. Mai. Prinz Friedrich Leopold von Preußen besuchte heute in Begleitung des deutschen Gesandten v. Alvensleben West-Point.

Bon der Marine.

* Dem Vernehmen nach dürfte für den zur Disposition gestellten Vice-Admiral v. Wicke der Vice-Admiral Graf v. Monts, Chef der Marine-Station der Nordsee, als Chef zur Marine-Station der Ostsee versetzt werden.

Am 14. Mai: Danzig, 13. Mai
M. 1.10. u. b.
G. 4.2. S. 751. (Textes Wicke.)
Wetter-Aussichten für Sonnabend, 14. Mai,
auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte.

Wettsch wölf und bedeckt bei mäßigen, später aufwischenden Winden aus Nordwest bis West, mit wenig veränderter Temperatur, ohne erhebliche Niederschläge.

* [Zur letzten Reichstagswahl.] Wie schon telegraphisch gemeldet ist, hat die Wahlprüfungs-Commission des Reichstags die von sozialdemokratischer Seite angesuchte Wahl des Abg. Schrader als Vertreter der Stadt Danzig im Reichstage für gültig erklärt und nur mündliche Verhörlieferung an das Pleum beschlossen. Der gegen die Gültigkeit dieser Wahl beim Reichstag eingegangene, von 8 hiesigen Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei unterzeichnete Protest beschwerte sich: 1) und 2) über die bei einer Haussuchung am 24. Januar bewirkte Confiscation des Manuskripts zu einem sozialdemokratischen Wahl-Aufruf sowie von Wahl-Beitrags-Sammelblättern in der Wohnung des Herrn Jochum;

3) über die am 26. Januar erfolgte Verhaftung von 11 Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei; 4) über Verweigerung der Bescheinigung über Anmeldung eines Wahl-Comités und angebliche Bedrohung mit Verhaftung beim Zusammentreffen von Comitémitgliedern; 5) über Abzehrung der Vertheilung sozialdemokratischer Wahl-Aufrufe und Confiscation derselben selbst in Privat-Wohnungen noch vor dem später vom Regierung-Präsidenten erlassenen Verbot; 6) darüber, daß der Schuhmacher Schipanski auf der Niederstadt durch die Polizei an der Vertheilung sozialdemokratischer Stimmenzettel gehindert und mit Verhaftung bedroht worden sei, wenn er am Wahltage sozialdemokratische Stimmenzettel vor dem Wahllokal vertheile; 7) über Confiscation eines zweiten, in verschlossenen Couverts zugleich mit Stimmenzetteln verfaßten Wahlaufrufs, wobei die Confiscation sich zugleich auf die Stimmenzettel erstreckt habe; 8) über die Arrestierung von Stimmenzettel-Bertheilern am ersten Wahltage vor zwei Wahllokalen in Schiditz und auf der Altstadt; 9) über die Auflösung der sozialdemokratischen Versammlung auf dem Weinberg zu Schiditz am 19. Februar. Die Protesterheber führen aus, daß hierdurch die Wahlaktion der sozialdemokratischen Partei in unzulässiger Weise behindert worden, daß die Wahl somit keine freie gewesen und daß anzunehmen sei, der sozialdemokratische Kandidat Herr Jochum wäre mit Herrn Schrader in die Stichwahl gekommen, wenn genügende Freiheit gewahrt hätte. Die Wahlprüfungs-Commission hat sich dieser Ansicht nicht anschließen können. Sie ist daher über die meisten Punkte des Protestes — von denen einige ja auch in dem hier in der Vorbereitung begriffenen Socialistenprozeß eine Rolle spielen werden — hinweggegangen und hat nur beschlossen, die Punkte 6 und 8, welche sich auf die Verhinderung der Vertheilung von Stimmenzetteln beziehen, durch den Reichskanzler der preußischen Regierung zur Feststellung und weiteren Veranlassung mittheilen zu lassen.

* [Verfestigung.] Der Oberförster Goeder zu Burgjoss ist auf die Oberförsterstelle zu Buchberg im Regierungsbezirk Danzig verlegt worden.

* [Dienst-Dubium.] Am nächsten Mittwoch, den 18. d. M., begeht der Landgerichts-Secretär Herr Kreitamer das 50jährige Dienst-Jubiläum.

* [Der ornithologische Verein] hielte gestern Abend im Saale der naturforschenden Gesellschaft die letzte diesjährige Sitzung. Zunächst stellte Dr. Eichenbach Bericht über die vom Verein veranstaltete Gesäßtagung ab. Hierach vertrat die Einnahmen 2134,81 M., die Ausgaben 3195,13 M., so daß ein Deficit von 60,32 M. von der Vereinskasse zu decken bleibt. Dagegen hat sich der Verlust der ausgestellten Thiere bedeutend vermehrt. Während im Jahre 1882 die Verkaufsumme nur 694,50 M. und im Jahre 1885 sogar nur 635,70 M. betrug, erhöhte dieselbe sich in diesem Jahre auf 1980,60 M. Sodann referierte Herr Voltenhagen über die ausgestellten einheimischen Vogel. Von Mitgliedern des Vereins waren 43 Hühnerarten, von 5 Mitgliedern Enten und Gänsen und von verschiedenen anderen Mitgliedern 43 Paar Tauben ausge stellt. Von Gutsbesitzer Steffens aus dem Kreise Kulm hatte dem Verein mehrere Stämme Enten mit der Bezeichnung übergeben, den Ertrag derselben einer armen Familie zu überenden. Der Verein faßte diese Stämme als Votivergewinne an. Im allgemeinen hat der Herr Referent einen bedeutenden Fortschritt bezüglich der Qualität der die diesjährige Ausstellung im Bereich zu den früheren besitzt. Auch Herr Wenzel, Referent über die Exoten, konstatiert bedeutende Fortschritte gegen frühere Jahre; sowohl die Zahl, als auch die Qualität der Exoten ist in die Höhe gegangen. Endlich drückte der Vorsitzende, Herr Stabsarzt Dr. Pieper, seine Freude darüber aus, daß die Ausstellung eine so gelungene gewesen.

* [Gewerbe-Verein.] Wenn auch in der gestern abgehaltenen Generalversammlung von den 500 Mitgliedern nur etwa 30 zugegen waren, so gefaßte diese Versammlung doch recht lebhaft. Zunächst wurden von den Neuvorsten Berichte über die Bibliothek und die Jahresredaktion erstattet und in kurzer Debatte glatt erledigt. Bei der demnächstigen Verathung des Gesetzes pro 1887/88, welches in Einnahme und Ausgabe mit 7312 M. abschließt, kam es bei dem Titel „Schulzulaub“ (1490 M.) zu zeitweise etwas heftigen Auseinandersetzungen, welche den Vorsitzenden Herrn Pfannenstiel, der sich etwas unwohl fühlte, zur Abgabe des Votizes an seinen Stellvertreter Herrn Schröder veranlaßten. Herr Kanzlerath Gaul stellte zunächst den Antrag, die Schulräume für die Fortbildungsschule nicht mehr herzugeben, wenn der Magistrat die bisher gezahlte Subvention von 1500 M. pro Jahr, wie er angeblich angerhoht habe, nicht mehr zahlen sollte. Diesem Antrage trat Herr Schlossermeister Auger entgegen. Auch Herr Pfannenstiel riet von einem solchen Verlust ab, da bei Einrichtung dieser Schule der Magistrat eine Subvention von 400 M. zum Umbau des oberen Stockwerks des Gewerbeschauhauses nur unter der Bedingung gewährt hat, daß der Gewerbe-Verein die Voraussetzung für die Fortbildungsschule eindrückt. Herr Gaul sieht nun seinen Antrags zurück, letzterer wird jedoch von Herrn Maurermeister Auger wieder aufgenommen. Hierauf entspricht sich zwischen den Herren Auger und Pfannenstiel, daß die Fortbildungsschule nicht mehr herzugeben, wenn der Magistrat die bisher gezahlte Subvention von 1500 M. pro Jahr, wie er angeblich angerhoht habe, nicht mehr zahlen sollte. Auch Herr Pfannenstiel riet von einem solchen Verlust ab, da bei Einrichtung dieser Schule der Magistrat eine Subvention von 400 M. zum Umbau des oberen Stockwerks des Gewerbeschauhauses nicht gewährt hat, wenn der Gewerbe-Verein die Voraussetzung für die Fortbildungsschule eindrückt.

* [Gewerbe-Verein.] Wenn auch in der gestern abgehaltenen Generalversammlung von den 500 Mitgliedern nur etwa 30 zugegen waren, so gefaßte diese Versammlung doch recht lebhaft. Zunächst wurden von den Neuvorsten Berichte über die Bibliothek und die Jahresredaktion erstattet und in kurzer Debatte glatt erledigt. Bei der demnächstigen Verathung des Gesetzes pro 1887/88, welches in Einnahme und Ausgabe mit 1490 M. abschließt, kam es bei dem Titel „Schulzulaub“ zu zeitweise etwas heftigen Auseinandersetzungen, welche den Vorsitzenden Herrn Pfannenstiel, der sich etwas unwohl fühlte, zur Abgabe des Votizes an seinen Stellvertreter Herrn Schröder veranlaßten. Hierauf entspricht sich zwischen den Herren Auger und Pfannenstiel, daß die Fortbildungsschule nicht mehr herzugeben, wenn der Magistrat die bisher gezahlte Subvention von 1500 M. pro Jahr, wie er angeblich angerhoht habe, nicht mehr zahlen sollte. Auch Herr Pfannenstiel riet von einem solchen Verlust ab, da bei Einrichtung dieser Schule der Magistrat eine Subvention von 400 M. zum Umbau des oberen Stockwerks des Gewerbeschauhauses nicht gewährt hat, wenn der Gewerbe-Verein die Voraussetzung für die Fortbildungsschule eindrückt.

* [Berghaus.] Gestern Abend wurde auf dem Boden seiner Wohnung Am Stein Nr. 16 der Bergsteiner Arbeiter P. erhangt vorgeführt. Die Leiche wurde nach dem Bartholomäi-Leichenhaus gebracht. Beiflügeln ließen die Ursache der Selbststötigung sein.

* [Seewolf.] Die mehrfach erwähnte, von Villaner Fischer getragene, bei uns äußerst seltene Robbe, welche bisher in Königsberg aufgefunden war, wird von Herrn Tiefenbäcker Schulz, welcher den interessantesten nordischen Gast häufig erworben hat, auch nach Danzig gebracht und von Kunstmärschialle ab in dem Lokale Wichtmannsgebaeude 31 gegen Entrée aufgestellt werden. Das nach Prof. Churs Ansicht in der Gegend von Gründau beheimatete Seezelt hat eine Länge von 7 Fuß und ein Gewicht von 380 Pfund.

* [Werbung.] Gestern Abend wurde auf dem Boden seiner Wohnung Am Stein Nr. 16 der Bergsteiner Arbeiter P. erhangt vorgeführt. Die Leiche wurde nach dem Bartholomäi-Leichenhaus gebracht. Beiflügeln ließen die Ursache der Selbststötigung sein.

nördlich von dem jetzigen Gebäude der Haltestelle, zum Theil gegen die bisherige Straße zu stehen. Der Ueberweg über die Eisenbahn wird näher nach der Weichselbrücke zu verlegen, ebenso auch die dahin führende Straße, auf welchem Zwecke das Terrain dort aufgehoben ist. Um Weichselufer bei der Eisenbahnbrücke wird zur größeren Befestigung derselben eine starke Mauer aufgeführt. Der neue Personenbahnhof soll in Fachwerk mit Ziegelverblendung erbaut und bis zum Herbst d. J. fertig gestellt werden. — Vom 1. Juni ab erfolgt der Abbruch und Umbau des Bromberger Thores.

— ss. Königsberg, 12. Mai. Auf der zweiten Buchen-Auktion der Heerbüchgesellschaft, welche im Anschluß an die Ausstellung Montags, den 28. Mai, stattfindet, kommen im Ganzen 225 Heerbüchtiere und Nachkommen von solchen, und zwar 156 Stiere und 69 Kühe bzw. Stärken zum Verkauf. Für die Schweinehau haben 9 Aussteller in 62 Ställen etwa 150 Schweine (darunter 2 Stämme) von Hrn. Monto-Gr. Saalau bei Danzig angemeldet. Für die Maschinen-Ausstellung sind Anmeldungen von 24 Ausstellern eingegangen. Was die Prämierung andeutet, so ist noch zu bemerken, daß außer den Goldpreisen 24 silberne und 26 bronzene Staatsmedaillen, und zwar 8 silberne und 12 bronzene Medaillen für Schweine und 16 silberne und 24 bronzene Medaillen für Rindvieh zur Verfügung stehen. Bei Verleihung eines Sieger- oder ersten Preises erhalten die Büchter eine silberne, bei Verleihung eines zweiten oder folgenden Preises eine bronzene Medaille.

— Die heisige gewerbliche Fortbildungsschule, welche auch vom Staate einen jährlichen Zulauf von 600 M. erhält, soll auf Verlangen des Handelsministers einen wesentlich anderen Lehrplan erhalten. Der unterricht soll auch im Sommer wöchentlich zwei Stunden Deutsch und zwei Stunden Rechnen und Buchführung für jede Klasse umfassen, der Zeitunterricht dagegen wegfallen (S. S. 8).

Stadt-Theater.

Das Ensemble Gastspiel brachte uns gestern eine sehr hübsche Aufführung von Bindaus „Maria und Magdalena“, von der man nur bedauern konnte, daß sie so wenig belebt war. Fr. Habn., die allen ihren Gestalten zarte weibliche Annuth und Liebenswürdigkeit verleiht, gab die Maria Verina sehr anziehend. Wir glaubten ihr gern das Mädchen, das sich in der harten Schule des Lebens Festigkeit des Charakters und das Gefühl der Selbständigkeit erworben hat, ohne an eicht weiblicher Wille und Natürlichkeit etwas eingebüßt zu haben. Sehr hübsch, ohne allen Bühnenpathos sprach sie die Goetheschen Verse am Schlus des 2. Actes. Besonders aber erwährt der trefflich gespielte 3. Act allgemeinen Beifall. Mit befristender Natürlichkeit und Herzlichkeit führte sie die Blauderei mit dem vertrauten Freunde und gab die folgenden Steigerungen der Affekte in der Absertigung des Theateragenten und in dem Zusammentreffen mit Magdalena in richtigem, dem Charakter genau entsprechender Weise. Magdalena hat nur zwei Scenen von Bedeutung, die beiden im 3. Act; aber in diesen brachte Frau Hildebrandt ihr künstlerisches Vermögen zur vollen Wirkung. Alle Regungen des gequälten Herzens der unglücklichen Frau kamen zum vollen, überzeugenden Ausdruck in Ton, Haltung und Geste und alles das in dem schönen Maß, das die Künstlerin immer erhält. Wir haben diese Scenen, sowohl das abgequälte Geständniß an Laurentius, wie die Demütigung der Büßenden zu den Füßen Marias so wahr und ergreifend spielen sehen wie gestern. Ein durch Natürlichkeit anmutendes Bild der jungen Ely gab Fr. Kühlings Fein, elegant und doch mit treuerhafter Wärme spielte Fr. Nhl den Fürsten Bernold. Mit fröhlichem Humor und männlicher Sicherheit zeichnete Herr Stein den Maler Laurentius. Die drolligen Schwächen des alten Werners brachte Herr Ludwig zu recht komischer Wirkung. Auch die beiden Bösewichte des Stücks, Dr. Gels und der Theateragent Schellmann wurden von den Herren Ernst und Maistre sehr tactvoll gespielt.

Bemerkte Nachrichten.

Berlin, 12. Mai. Am 8. d. Ms. verstarb im 50. Lebensjahr im Berliner Krankenhaus ein Neffe des verstorbenen berühmten Historikers Heinrich Lüden, Dr. Heinrich Tod, ein Mann, der ebenfalls dazu berufen gewesen wäre, eine Bieder der Wissenschaft zu werden, wenn ihn nicht eine ungünstige und zuletzt unheilbare Neigung zu Spirituosen völlig bekehrt hätte. Dr. Tod, scheidt die Boss. Bdg., war Historiker wie sein Onkel und sein Vater war Kaufmännisch. Seine Spezialität war die Geschichte der Universitäten und der verschiedenen wissenschaftlichen Disciplinen, insbesondere der historischen und theologischen. Er nahm verschiedene Aulae zu größeren Werken, seine ungünstige Leidenschaft und die damit verbundene Unzuverlässigkeit für die Verleger ließ sie aber nicht zur Auktionierung kommen. Seit Jahren vermochte nur noch die alleräußerste Notth ihn zur Arbeit zu bewegen, und obwohl längst vorherlich gänglich berütert und gebrochen, vermochte in solchen vorübergehenden Momenten der Sammlung der Alkoholismus nichts über seinen Geist und was noch merkwürdiger war, über sein Gedächtnis.

* Der Kongress der Theater-Intendanten und Directoren, welcher vergangene Woche in Eisenach tagte, hat u. a. folgende seit längerer Zeit in Frage stehende Beidschlüsse endgültig erledigt: Die Abonnementsglieder erhalten vom 15. September bis 15. Juni überhaupt keinen Urlaub mehr, und für die immer höher und steigenden Gageverhältnisse soll eine Norm eingeführt und strikte festgehalten werden. Directoren, welche diesen Bestimmungen zuwiderhandeln, unterliegen einer Strafe von 10.000 M.

Berlin, 12. Mai. Die Post von dem am 1. April von Sidonie abgegangenen Reichs-Postdampfer „Ostsee-Strafer“ trifft am 13. fällt in München ein und gelangt für Berlin am 14. früh zur Ankunft.

* In Wien sind bereits 380 000 fl. für das deutsche Volks-Theater gezeichnet worden. Eine halbe Million Gulden braucht das Comité zur Verwirklichung seines Projekts.

* Der in New York verhaftete, aus Stettin nach verboten Wertschätzungen flüchtig gewordene Director einer Dampf-Madrassie, Gräber, wird nach Deutschland ausgeliefert werden.

Stettin, 12. Mai. [Mittel gegen die Seelkrankheit] Die Polizeidirection in Bremen hat der hiesigen Polizeibörse mitgeteilt, daß der wiederholt wegen Betrugsvorwürfe, 27 Jahre alte Handelsmann Moritz Meyer Jacob Gottschalk, ein Holländer, welcher sogenannte Segurteil gegen Seelkrankheit anbietet und Vertreter für den Erfüller des Schwindelsbrabits sucht, vermutlich auch Stettin mit seinem Geschäft bebauen wird, und erlucht, derselben eintretenden Falles wegen Verdacht des Betruges festzunehmen.

Hülfeld, 10. Mai. Das Haus an der Oststraße, wo dem im Jahre 1848 Ferdinand Freiligrath wohnte, ist abgelegt worden, um einem Neubau zu weichen. Die marmorne Gedenktafel wird jedoch an der Stirnseite des neuen Baues den ihm gehörenden Platz finden.

Elsterwerda, 10. Mai. In vorletzter Nacht ist der Ort Lausitz im hiesigen Kreise der Schauspieler einer furchtbaren That gewesen. Der Lehrer Scholz erschlug in einem Anfälle von Verfolgungswahn, an dem er seit längerer Zeit litt, seine Frau und nahm sich dann selbst durch Erhängen das Leben. Der Mann glaubte sich in seinem schrecklichen Zustande von Jedermann, selbst von seiner Frau, verfolgt und bedroht. Die Frau mußte a. V. von allen Speisen ernst nehmend, bevor er davon ab. Selbst die Medizin erfuhr sie vorher kosten. Wegen Misstrauen gegen den Arztstherapie ließ er sich seit einiger Zeit sogar die Medizin in einer anderen Stadt bereiten.

Willys Nachrichten.

Paris, 12. Mai. Nach einer Meldung aus Havre ist das Passagierboot „Champagne“ wieder flott geworden und nach Havre zurückgekehrt.

Briefkasten der Redaktion.

Hrn. W. in Gr. B. — Gewiss ist zwischen der von Ihnen angeführten Stelle des Zeitungsberichts und der des stenographischen Berichts über die betreffende Kummer verhandlung eine Abweichung im Sinne, aber diese Wahrnehmung kann Sie doch nicht berechtigen, dem einen alle Realität abzupredigen. Erwagen Sie gefälligst 1) daß der Bericht die Beiträge unmittelbar beim Anhören und verläßt niedergeschrieben werden müssen, während der stenographische Bericht, der jedes Wort der Rede wiedergeben soll, mit grösster Mühe ausgearbeitet werden kann; und 2) daß die Herren Abgeordneten von ihrem Recht, den stenographischen Bericht vor der Öffentlichkeit zu corrigiren, oft einen sehr umfangreichen Gebrauch machen und namentlich solche Stellen, an denen sie sich versprochen oder doch so ausgedrückt, daß dadurch leicht ein Widerspruch entstehen kann, ohne weiteres für den Druck abändern. Wir vermuten, daß dies auch bei der von Ihnen angeführten Stelle aus der Rede des Abg. v. Meyer der Fall gewesen ist.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, den 13. Mai.

	Gros. v. 12.	Gros. v. 12.	
Weizen, gelb	Lombarden	142,50 140,00	
Mai	124,00 183,50	Franzosen	362,50 363,50
Sept.-Oct.	172,50 171,20	Cred.-Action	450,00 450,00
Roggen		Dise.-Comm.	194,70 194,20
Mai-Juni	128,20 127,20	Deutsche Bk.	158,40 158,90
Sept.-Oct.	133,50 131,20	Laurahütte	69,00 68,60
Petroleumpr.	200,00	Oestr. Noten	160,50 160,40
Sept.-Okt.	21,40 21,40	Russ. Noten	180,40 180,30
Rübel		Warach. kurz	180,10 180,10
Mai-Juni	44,70 44,70	London kurz	— 20,38
Sept.-Okt.	44,90 44,80	London lang	— 20,32
Spiritus		Russische 5%	58,40 58,50
Mai-Juni	41,20 41,20	Danz. Privat-	
Aug.-Sept.	42,80 42,80	bank	— 139,90
4% Consols	106,00 106,00	D. Oelmihle	119,00 119,75
3½% westpr.	97,00 97,00	do. Priorit.	113,50 113,00
Pfandbr.	94,60 94,50	Mlawka St.-P.	107,00 106,30
5% Rum.-G.-R.	81,00 81,00	do. St.-A.	46,00 46,70
H. Orient-Akt.	55,70 55,50	Ostpr. Südb.	
4% Rus.Akt.80	83,00 82,90	Stann.-A.	61,50 62,20
	82,90 82,90	Erkaufl. Russische	96,50 96,30
		Fondsbörsse: still.	

Danziger Börse.

Amtliche Notierungen am 13. Mai.

Weizen loco unverändert,	Tonne von 1000 Kilogr.
Regulierungspreis 1262 bunt lieferbar 151 M.	Auf Lieferung 1262 bunt 150—175 M. Br.
buchbunt	126—1332 150—175 M. Br.
hellbunt	125—1332 148—172 M. Br.
bunt	126—1302 147—170 M. Br.
rotb.	126—1342 155—175 M. Br.
ordinär	122—1302 135—153 M. Br.
	Regulierungspreis 1262 bunt lieferbar 151 M.
Auf Lieferung 1262 bunt 150—175 M. Br.	Auf Lieferung 1262 bunt 150% M. bez.
	150% bez. 10. Juli—August 150% M. Br. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Sept.—Oktbr. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Nov. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Dec. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Jan. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Feb. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Mar. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Apr. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. May. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. June 150 M. Gd.
	150% bez. 10. July 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Aug. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Sept. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Oct. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Nov. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Dec. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Jan. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Feb. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Mar. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Apr. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. May. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. June 150 M. Gd.
	150% bez. 10. July 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Aug. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Sept. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Oct. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Nov. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Dec. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Jan. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Feb. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Mar. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Apr. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. May. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. June 150 M. Gd.
	150% bez. 10. July 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Aug. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Sept. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Oct. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Nov. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Dec. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Jan. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Feb. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Mar. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Apr. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. May. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. June 150 M. Gd.
	150% bez. 10. July 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Aug. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Sept. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Oct. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Nov. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Dec. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Jan. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Feb. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Mar. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Apr. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. May. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. June 150 M. Gd.
	150% bez. 10. July 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Aug. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Sept. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Oct. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Nov. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Dec. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Jan. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Feb. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Mar. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Apr. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. May. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. June 150 M. Gd.
	150% bez. 10. July 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Aug. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Sept. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Oct. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Nov. 150 M. Gd.
	150% bez. 10. Dec. 150 M. Gd.

Gänlicher Ausverkauf wegen Aufgabe des Geschäftes.

Da ich mein Losal bereits vermietet habe, offeriere die Restbestände meines Lagers zu und unter dem Selbstkostenpreise. — Ladentische, Repositorien &c. zu verkaufen.

J. D. Meissner, Langgasse Nr. 37.

8989)

Synagogengemeinde zu Danzig.

Weinberger Synagoge: (9022) Monten Sonnabend, den 14. Mai cr. Vormittags 10 Uhr Predigt

Durch die glückliche Geburt eines Sohnes wurden hohere Preise
Danzig, den 13. Mai 1887.

H. Biente und Frau.

Durch die Geburt eines Sohnes wurden erfreut
Danzig, den 12. Mai 1887.

R. Grank und Frau.

Die Verlobung unserer Tochter Magdalene mit Herrn Eduard Enß, Dirschau, befreit wir uns ergeben anzusehen Altweichsel, im Mai 1887.

Eduard Schulz und Frau.

Meine Verlobung mit Fräulein Magdalene Schulz, Tochter des Herrn Gutsbesitzers Schulz und seiner Frau Gemahlin, geb. Fademrecht, welche ich mich ergeben anzeige. (8975) Dirschau, im Mai 1887.

Eduard Enß.

Statt jeder besonderen Meldung.

Heute Nachts 1 Uhr entschließt nach kurzen schweren Leiden unsere liebre Mutter, Großmutter, Schwester, Frau

Agnes Rose,

geb. Enß, im 52. Lebensjahr, was hiermit tief betrübt anzeigen. (9026) Die Hinterbliebenen. Danzig, den 13. Mai 1887.

Heute 9½ Uhr Vormittage entstießt sanft nach viertägigem Leiden an den Folgen des Geburtschlags mein lieber Gott, unser guter Vater u. Schwiegervater, der Ritter

Daniel Unger

im 59. Lebensjahr. Um stille Belästigung bitten Türgenf. den 9. Mai 1887.

Die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 14. d. Mon., vom Trauerhaus auf statt. (9001)

Donnerstag, den 12. Mai, Morgens 4½ Uhr, verschied sanft im 47. Lebensjahr nach 36 ständiger schwerer Krankheit, unter guter Bruder, Schwager und Onkel, der Gutsbesitzer Herr

Otto Albert Baltzer auf Dom. Lipkin bei Belpin. Die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Montag, den 16. Mai, Nachmittags 3 Uhr, im Bowker'schen Landhaus von der Behanung des Gutsbesitzers Eduard Baltzer statt.

Heute Nachmittag ist unsere vielgeliebte Mutter, Groß- und Urgroßmutter, Frau

Caroline Glaser,

geb. Arnold, nach langerem Leiden vorerst und sanft entzündet. Die lieben Freunde zeigen solches Freuden und Begeisterung. (8985) Die Hinterbliebenen. Elbing, den 12. Mai 1887.

Gestern entstießt sanft in Folge der Verbitterung an Herzschwäche unser unvergleichlich liebgeliebter ältester Sohn

Arno

im Alter von 6½ Jahren. Begraben, den 12. Mai 1887.

Die liebgeliebten Eltern Georg Stroehmer und Frau

Die Beerdigung Sonntag den 15. d. M. 11 Uhr Borm. (9027)

Dampfer-Expedition nach Rouen:

Dampfer „Ottokar“ Capt. Dr. ca. 18/20 Mai cr.

Güteranmeldungen erbeten bei

F. G. Reinhold.

Marienburger Schlosslotterie, Ziehung unwiderstehlich 9.—11. Juni cr.

a. A. 3 (9028)

Weimar'sche Lotterie, I. Serie Zieh. 14.—17. Mai cr. a. A. 1.

Marienburger Pferde-Lotterie, Zieh. 4. Juni, a. A. 3.

Allerletzte Ulmaer Münsterbau-Lotterie, Hauptgewinn

8. 75 000 Loose a. A. 8.50 bei

Th. Bertling, Gerbergasse 2.

Der Verkauf der Weimarschen Looses wird morgen ges.

Westdeutsche Versicherungs-Aktien-Bank in Essen.

(Feuerversicherung.)

Der Geschäftszustand der Bank ergiebt sich aus den nachstehenden Nettostatuten des Rechnungsschlusses für das Jahr 1886:
Versicherungen in Kraft ult. 1886 Mf. 1 010 738 562,—
Grundkapital. 6 000 000,—
Prämien, Gebühren und Zinsen in

1886 1 864 013,66
Prämien- und Capital-Reserven: " 1 629 271,20

Die Gesellschaft versichert Gebäude, Möbeln, Waaren, Maschinen und Vorrichtungen sowie Gegenstände der Landwirtschaft gegen Brand, Blitz und Explosionsbeschädigungen.

Bur Vermittelung von Versicherungen sind stets gern bereit die Agenten der Gesellschaft:

In Altmark: J. Kieck, Gutsbes. Conitz: Fr. Schmidt.
In Danzig: Th. Ammer, Hauptagent Crinitatis-Kirchens.
Marienburg: H. Hoppe, Kaufmann.
Neuenburg: A. Wollermann.
B. Bertram, Kaufmann, Milchfannengasse 6.
H. Vierau, Generalagent, Langenstrasse 15.
G. Nees, Kaufmann, Heilige Geistgasse 91.
H. Schwarz, Kaufau, Hundegasse 65.
Dirschau: J. Lange, Kaufm.
Elbing: Ed. Niels, Confl.
Finkenstein: A. Krueger, Gutsbesitzer.
Hornau: G. Börries, Gutsbes.
Klein Falkenau: G. Altmann.
Krieskohl: G. Beitz, Deich-Secretair.
sowie der zur sofortigen Ausfertigung von Policien ermächtigte

General-Agent A. P. Muscate

in Danzig.

8922)

Das zur Moses Lindemann'schen Concursmasse gehörige Waarenlager,

bestehend aus:

Zuchen, Badstiks, fertigen Herrenkleidern &c. tagt auf ca. 3000 M., Manufacturwaren aller Art 400 M.
Schuhn und Stiefeln, Utensilien &c. 200 M.
ca. Summa 3600 M.

beabsichtige ich im Ganzen bei annehmbarem Gebot

Montwoch, den 18. Mai er.

Vormittags 11 Uhr, an Ort und Stelle, Breitgasse Nr. 6, öffentlich zu versteigern.

Bietungsauctio 300 M.

Besichtigung des Lagers Dienstag, den 17. Mai, Vormittags von 10—12 Uhr.

Alles Nähere beim Concurs-Gerwalter R. Block,

Franngasse Nr. 36.

Herren-Gamaschen

in feinen Lederarten, welche sich durch besondere Leichtigkeit, vorzügliche Haltbarkeit und elegante Fäden auszeichnen, empfiehlt für 9, 10 und 11 M.

Herren-Promenadenstühle

in Leder und Lassing zum Binden, Knöpfen und mit Gummizug an den Seiten von 4,50 M. an, empfiehlt (9000)

Schuhs- und Stiefel-Fabrik

J. Willdorff, Kürschnergasse Nr. 9.

Ih bin zurückgekehrt.

Dr. Wiebe.

Londoner Phönix, Feuer-Absecuranz-Societät,

gegründet 1782.

Anträge zur Versicherung von Gebäuden, Mobilien, Waaren, Maschinen, Fabriken, Ernte und Vieh gegen Feuer-, Blitz- und Explosionsbeschädigungen zu festen Prämien werden entgegengenommen und erhält bereitwilligst Auskunft

(6906)

E. Rodenacker,

Hundegasse 12.

Die

Pelikassen-Handlung

Beutlergasse 14

empfiehlt (9024)

neuen hiesigen Blumenohl

neue Malta-Kartoffeln, neue englische

Matjes-Heringe, junge Hühner,

Hamburg. Rücken.

C. Bodenburg.

Gelegenheitsgedichte

in ernster und heiterer Form, werden angefertigt Baumgartengasse 34, 3 Dr.

Rieselfelder

Stangenspargel

empfiehlt (8356)

J. G. Amort Nchi.

Hermann Lepp,

Danzig, Langgasse 4.

(Verland nach außerhalb promovt).

Frische

Matta-Harlosseln

empfiehlt

A. W. Prahl,

Breitgasse 17. (9016)

Neue Lissaboner

Kartoffeln,

Neue

Matjes Heringe

rechte schöner Qualität,

Feinsten neuen Elb-Caviar

vor. M. 1,40 M.

Rheinischen und hiesigen

Spargel,

I. u. II. Sorte,

Suppenspargel,

täglich frisch, zu den billigsten Preisen

empfiehlt

Carl Köhn,

Kräfstdt. Graben 45, Ecke Melzergasse.

Dulzer Sahnensäße.

Dulcer Sahnensäße, ein vorzüglicher ganz fetter und milchsmeidender

ostpreußischer Käse ca. 1% Fett.

schwer 70 M. empfiehlt (8788)

M. Wenzel, 1. Damm 11.

W. Jantzen Nachfolger,

Langgasse 42.

Körper und Roben

knappen Maakes,

von den einfachsten bis zu den elegantesten Genres,

zu noch nie dagewesenen Preisen.

(8996)



Natürliche Mineralbrunnen Hermann Lietzau, Apotheke zur Altstadt, Danzig, Holzmarkt No. 1.

Marienbader, Ofener, Pyrmonter, Püllnaer, Roncegno, Salvatorquelle, Schwalbacher, Selterser, Sodener, sämtliche Quellen, Vichy, Wildbacher, Wildunger, Wittekinder, sowie alle anderen gangbaren Brunnen in frischer 1887er Füllung direct durch die Brunnen-Directionen.

Mutterlaugen, Brunnensalze, Badesalze, Bademoor, Pastillen, Quellsalzseifen, ebenfalls directen Bezuges. In der Saison fortwährend neue Sendungen. Hier frei Haus, nach ausserhalb Verpackung billiger. Brunnenschriften gratis.

Für die durchaus zuverlässige Beschaffenheit der aus meinem Geschäft entnommenen Quellenprodukte leiste jede gewünschte Garantie.

Gerten-Waldenstroh hat abzugeben H. Roell, Breitgasse 46.

Hypothekenkapitalien

a 4% offerte groß. Hundegasse 60.

Masculatur

zu verkaufen Kettengasse 4.

Alte Ueberzieher, Hosen, Hosen, Damen und Kinderkleider, Zubzeug wird gefaust. Alte Gruben 56.

34 000 Mark

für 1. Stelle werden auf ein Grundstück der Rechtsstadt vom Selbsdarleher erachtet.

Werkstatt vom Pfarrhof, ist zu verkaufen event. ist auch der Laden nebst Wohnung vor 1. Juli zu vermieten.

Näheres Brodbänkengasse 51 bei Herrn Kreisel.

Offseebad Zoppot.

Beilage zu Nr. 16453 der Danziger Zeitung.

Freitag, 13. Mai 1887.

Abgeordnetenhaus.

53. Sitzung vom 12. Mai.

Auf der Tagesordnung steht die Beratung des conservativen Antrages (Althaus u. Genossen) wegen Reform der directen Steuern in Preußen: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: I. In Erwägung, daß die bestehende Klassen- und klassifizierte Einkommensteuer den Grundsätzen einer gleichmäßigen und gerechten Besteuerung nicht entspricht; II. in Erwägung, daß die Ungleichheit der Besteuerung des Grundbesitzes gegenüber dem mobilen Kapital die Einführung einer Kapitalerrente steuer notwendig erscheinen läßt; III. in fernerer Erwägung, daß im Hinblick auf den Rückgang des Kleingewerbes die Bestimmungen der Gewerbesteuer vom stehenden Gewerbe einer der wirtschaftlichen Entwicklung entsprechenden Reform dringend bedürfen, — die lgl. Regierung zu ersuchen, im Anschluße an die bereits vom Hause der Abgeordneten in der Session pro 1883/84 gemachten Vorarbeiten, einen Gesetzesentwurf in der nächsten Session vorzulegen, welcher den zu I. bis III. bezeichneten Anforderungen Rechnung zu tragen geeignet ist.“

Abg. v. Rauchhaupt: Wir beabsichtigen mit diesem Antrag nicht einen agitatorischen Zweck, wir wollen nur die Unterlage bieten, daß alle Parteien, die sich sympathisch für die Reform der directen Steuern ausgesprochen haben, erkennen lassen, wohin sie streben. Selbst die deutschfreisinnige Partei hat im Reichstage documentirt, daß sie gewillt ist, an der Reform der directen Steuern mitzuwirken. 1883/84 mußten wir auf die Reform verzichten wegen der Finanzlage des Staates. Im nächsten Jahre wird sich übersehen lassen, ob man nach den Einnahmen der neuen Reichssteuern ohne zu grobe Ungleichheit eine Reform der directen Steuern vornehmen kann. Man muß sich das Verhältniß der indirekten zu den directen Steuern klar machen. Etwa 8 Mill. Preußen sind steuerfrei, weil sie ein Einkommen unter 900 M. haben; sie werden insgesamt ein Einkommen von 4 Milliarden repräsentieren; die Klassensteuerpflichtigen werden 1700 Mill. die Einkommensteuerpflichtigen 1300 Mill. M. Einkommen haben. Die Klassen- und Einkommensteuerpflichtigen zusammen bringen 150 Mill. M. directer Steuern und einen Theil der sich für Preußen auf 270 Mill. M. stellenden indirekten Steuern auf. Darnach kann man wohl annehmen, daß die indirekten Steuern für die Leute welche weniger als 900 M. Einkommen haben, nicht unerträglich sind. Die Löhne sind im allgemeinen nicht gefallen, sondern eher gestiegen. Die Lebensmittel sind im Preise zurückgegangen, ebenso die sonstigen Gebrauchsgegenstände. Gleichwohl will auch ich eine schärfere Veranlagung der Besitzenden, aber zunächst des mobilen Kapitals. (Sehr gut! rechts.) Daher die drei Forderungen des Antrages. Für ein besseres Einstchätzungsverfahren, wie es Punkt 1 des Antrages verlangt, empfiehlt sich der Declarationsansatz, den die Conservativen von jeher befürwortet haben. Ferner empfiehlt sich eine Progressivsteuer, allerdings darf man die Bushläge nach oben nicht ins Ungeheure erhöhen, sondern nur etwa eine Steigerung von 2 auf 2½ und 3 Prozent beschließen. Was Punkt 2 des Antrages betrifft, so muß das mobile Kapital deswegen hauptsächlich herangezogen werden, weil der Grundbesitz ohnedem schon zu schwer belastet sei. Schließlich begründet Redner noch die Notwendigkeit, die Gewerbesteuer zu reformiren.

Inzwischen ist ein Antrag der Abg. v. Hnene, Hobrecht und v. Beditz eingegangen: Das Haus der Abg. wolle beschließen: Zu Erwägung, daß von allen Parteien des Hauses die Bereitwilligkeit zur Mitarbeit bei der Reform des directen Steuersystems bereits ausgesprochen ist; — in Erwägung ferner, daß die weitere Ausbildung der indirekten Steuern im Reiche die Reform des directen Steuersystems in Preußen im Sinne einer gerechten Vertheilung der Steuerlast einerseits auf unabsehbaren Nothwendigkeit macht, andererseits dieselbe erleichtert, und in der Erwartung, daß die Regierung mit entsprechenden Vorlagen vorgehen wird, — über den Antrag der Abg. Althaus und Gen. zur Tagesordnung überzugehen.

Finanzminister v. Scholz: Ich bin ja erfreut über jedes Zeichen der Theilnahme für mein Projekt, aber habe wenig Hoffnung auf Erfolg. Keine Verhandlung über die Reform der directen Steuern hat Erfolg, wenn sie nicht um ihrer selbst willen in Angriff genommen wird, so lange noch Nebenpunkte mit verquidt werden. Ich nenne einen solchen Versuch die Wucht der parlamentarischen Gewalt erweitern. (Sehr richtig! rechts.) Eine solche Absicht wird ja von den Parteien als etwas Höheres betrachtet werden, für mich ist es bei der Reform ein Nebenpunkt. Ein weiterer Nebenpunkt ist die Reform des Wahlrechts. (Sehr richtig! rechts.) Ebenso ist es ein verhängnisvoller Schritt, wenn Sie die Situation benutzen, die ehemaligen Reichsunmittelbaren heranzuziehen. Wenn Sie das wollen, dann spannen Sie die Pferde hinter den Wagen. Eine Hauptchwierigkeit bleibt dann noch. Wir müssen erst die Grund- und Gebäudesteuer den Communen überweisen. Dann ist der Weg zur befriedigenden Gestaltung der directen Steuern erleichtert; ich vermag eine Aussicht, daß der Antrag von der Reichsregierung Zustimmung findet, nicht zu erhoffen. (Beifall rechts.)

Abg. Nickerl: Die Erklärung des Finanzministers hat die Situation wesentlich verändert. Ich muß es ja, wenn ich nicht unhöflich sein will, nach der Verstärkung des Abg. v. Rauchhaupt glauben, daß der Antrag keinen agitatorischen Zweck habe. Aber ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß er wenigstens die Gelegenheit bietet sollte, die Conservativen zu entschuldigen wegen der ablehnenden Haltung gegenüber unserem Antrage auf Einführung einer Reichseinkommensteuer im Reichstage. Andernfalls würde ich nicht begreifen, weshalb er sich gerade mit diesem Antrage so viel beschäftigt hat; das war fast der Hauptinhalt seiner Ausführungen. Mit Steuern scheint ja jetzt das Volk fast ausschließlich beschäftigt werden zu sollen. Nulla dies sine linea. Gestern hat die Verhandlung über eine Branntweinsteuervorlage begonnen, welche die ärmeren Klassen vorzugsweise trifft und eine Erhöhung der indirekten Steuern um ungefähr drei Mark pro Kopf der Bevölkerung herbeiführt. Dabei sind schon von conservativer Seite glänzende Aussichten auf Bier- und Weinsteuer-Erhöhung gemacht. Der Zucker kommt ja bekanntlich auch noch. Sie haben auch bei den landwirtschaftlichen Böllen einen solchen Eifer entwickelt, daß Sie mit Ihrem Antrag auf Erhöhung der landwirtschaftlichen Böle nicht einmal die Erledigung der Branntweinsteuervorlage abgewartet und damit einen großen Schaden angerichtet haben. Ich bedauere es, daß das Gefühl der Verantwortlichkeit für die Folgen solcher Actionen bei Ihnen nicht in dem Maße vorhanden ist, wie notwendig. (Doch! rechts.)

Millionen sind verloren, und zu bedauern ist es auch, daß die Regierung sich nicht überlegt hat, welche Folgen die Erklärung des landwirtschaftlichen Ministers haben müßte, und nachher die offizielle Ankündigung eines Sperrgesetzes in einem Organ, das dem Finanzminister nahe steht. (Schr. wahr! links.) Was ist das für ein Zustand fortgesetzter Beunruhigung großer Erwerbskreise, die nicht mehr mit Sicherheit für den nächsten Tag ihre Dispositionen treffen können. Was soll man davon denken, wenn einen Tag das Sperrgesetz offiziell angekündigt und nachher wieder in überoffizieller Weise durch das Telegraphenbureau „aus zuverlässiger Quelle“ erklärt wird, daß man nichts davon wisse, daß eine solche Maßregel geplant sei. So geht man mit den wichtigsten Interessen des Landes um. Der heutige Antrag ist allerdings so gefährlich nicht, zumal nach der Erklärung des Finanzministers. Solche Resolutionen, wie die Ihrige, sind um so bedenklicher, je mehr Parteien, die in ihren steuerpolitischen Ansichten aneinandergehen, sich darauf vereinigen. Ihr Antrag wird heute ad acta gelegt und Sie haben nur die Beruhigung, daß darüber einen Tag verhandelt ist. Der Abg. v. Rauchhaupt meinte, in Ihrem Antrag werde die Richtung angegeben, wohin die Majorität gehen wolle. Aber was soll wohl der Finanzminister mit dieser Resolution machen? Weder er, noch sonst jemand weiß, wohin Sie eigentlich wollen. Herr v. Rauchhaupt hat ja die anderen Parteien zu beruhigen gesucht, indem er selbst sagt, die Resolution enthalte so allgemeine Wendungen, daß Niemand daran Anstoß nehmen könnte. Wer wollte nicht eine gerechte Vertheilung der Steuer? Aber wie? Das ist eben die Frage. Dr. v. Rauchhaupt lobte wieder die nationale Wirtschaftspolitik. Aber er sprach doch in sehr gedämpftem Tone von ihren Erfolgen. Früher hiß es, sie werde dem Arbeiter bessere Verhältnisse, besseren Lohn bringen. Heute beginnt er sich damit, zu sagen, die Lohnverhältnisse seien nicht wesentlich schlechter geworden. Als doch zurückgegangen! Ihre Versprechungen sind eben nicht erfüllt worden. Das haben wir Ihnen früher vorhergefragt. (Heiterkeit rechts.) Sie haben doch gewiß keinen Grund, darüber zu lachen. Sie waren ja früher entschiedener Freihändler wie wir. Mit dem Reichskanzler wurden auch Sie anderer Meinung, und jetzt lachen Sie, wenn wir an Ihren früheren Meinungen festhalten. Wenn ein anderer Reichskanzler kommt, werden Sie vielleicht über diejenigen lachen, die Ihre heutigen Meinungen vertreten. Trotz Ihrer Böle klagen Sie mehr denn je über die Lage der Landwirtschaft, und Ihre Zeitungen erklären den Bankrott derselben. — Was unseres Reichseinkommensteuerantrags betrifft, so war er ein ganz begrenzter — der Summe nach und auch in Bezug auf den Kreis der zur Steuer heranziehenden Personen. Wir wollten damit nur die Mehrosten der Militärvorlage decken. „National“ war er wahrscheinlich mehr als die jetzige Branntweinsteuervorlage, von der man gestern im Reichstage diesen Vortrag ganz besonders hervorgehoben hat. Aber wenn Norddeutschland und insbesondere der Osten mehr aufzubringen muß zu Gunsten Süddeutschlands und dieses mit dem Bier nicht in die Steuergemeinschaft hineingeht, so ist das doch nicht besonders aus nationalen Gründen zu empfehlen. Wir haben Ihnen die Hand geboten, die Besitzenden mehr heranzuziehen im ganzen Reich für die größeren Militärausgaben. Sie wollten es nicht. Eine ganz mäßige Reichseinkommensteuer hätte 25—30 Millionen gebracht, das ist leicht zu erweisen. Die Verwürfe gegen den

Abg. Meyer-Breslau waren ganz unbegründet. Die Kapitalrentensteuer, wie sie die Regierung 1884 wollte, war in sich unhaltbar. Der Abg. Meyer hat sie nicht beseitigt, sondern die Majorität. Er hätte trotz seines Gewichts nicht die Macht dazu gehabt, wenn Sie in der Majorität andere Meinung waren. Ihr heutiger Antrag lehrt die Spize gegen den Reichseinkommensteuerantrag von uns und mein armer Freund Meyer muß nun unverdientermaßen bluten. (Heiterkeit.) Was haben Sie denn nun vorgeschlagen? In allgemeinen Wendungen eine Reform der directen Steuern. Herr v. Rauchhaupt röhrt die Declarationspflicht. Aber welche? Das ist nur ein Wort, bei dem man sich verschiedenes denken kann. Wollen Sie die Declarationspflicht, wie sie der frühere Bitterliche Entwurf enthielt? Diese wurde in der conservativen Presse und auch von Ihnen (rechts) verurteilt. Wollen Sie gerechte Einschätzung — wir sind dabei. Vergleichen Sie doch einmal die Einschätzungen in den großen Städten mit denen auf dem Lande. Aber die Hauptfache haben Sie uns gar nicht gesagt; bezweckt Ihr Antrag höhere Einnahmen oder weniger? Wollen Sie Erleichterungen und wo? Wollen Sie die unteren Stufen der Klassensteuer be seitigen, wollen Sie es nicht? Kein Wort sagen Sie darüber. Beantworten Sie die Frage, ob Sie einen finanziellen Mehrertrag wollen (Barfuß „Nein“). Dann wollen Sie also nur eine Ausgleichung der einzelnen Klassen. Ich glaube aber, der Finanzminister hat die Sache anders aufgefaßt (Widerspruch), denn aus seinen einleitenden Worten war ein solches Vergnügen herauszulesen, daß nur bedeuten konnte, ich bin gern bereit, das Errgebnis dankbar zu acceptiren. Aber der Minister ist schon abgekühl, daß er gleich nachher gelagt hat: „Baar Geld ist mir lieber als die Worte der Resolution, und das werde ich wahrscheinlich nicht bekommen.“ Dr. Hobrecht hat damals gesagt, daß auch die nationalliberale Partei dem Project der Quotisierung zustimmt. Ich entnehme darans, daß meine Herren Nachbarn diesen Nebenpunkt als Hauptpunkt betrachten, wie das für uns selbstverständlich ist. Ich werde niemals mehr einer Resolution auf Reform der directen Steuern zustimmen, welche diesen Nebenpunkt nicht ausdrücklich als Willensmeinung der Antragsteller feststellt. Wir werden eine Reform der directen Steuern in Preußen nie bekommen, wenn Sie in diesem Punkte nicht Concessions machen. Man hält ziemlich allgemein bei einer Steuerreform eine Quotisierung für notwendig; ob ganz oder theilweise, ist eine Frage, über die sich reden läßt. Wir allerdings verlangen sie ganz; denn wir verstehen nicht, wie man das Misstrauen gegen eine parlamentarische Körperschaft rechtfertigen will. Ein Nebenpunkt soll die Frage des Wahlrechts sein! Mit vollem Recht ist Herr Windthorst immer energisch für diesen Punkt eingetreten, und ich hoffe, daß er auch jetzt noch auf seiner früheren Ansicht beharrt. Der Herr Finanzminister tritt sich, wenn er glaubt, wir werden diese Frage als einen Nebenpunkt ansehen. Ein solches Siegergefühl, welches unser Wahlrecht, das ohnedem schon nach unten hin sehr die Rechte beschränkt, noch weiter nach dieser Richtung ausbildet und die Macht nach oben verlegt, ist für uns unannehbar. Ich kann auch nicht zugeben, daß die Frage der Besteuerung der Reichsunmittelbaren ein Nebenpunkt ist. Finanziell ist mir diese Frage allerdings erheblich; aber es ist eine Frage, die zusammenhängt mit den in unserer Verfassung ausgesprochenen Grundsätzen. Wir werden also gegen die Resolution stimmen. Ebenso aber

werden wir auch gegen die Tagesordnung stimmen, namentlich mit Rücksicht auf die Erklärung des Herrn Finanzministers, weil wir nach seiner Richtung hin ein Engagement eingehen wollen für eine Steuergesetzgebung, für welche als Nebenpunkte bezeichnet ist, was uns Hauptfache ist. Nach den Erklärungen des Finanzministers erwarte ich nicht mehr, daß die Regierung hierbei in unserem Sinne vorgehen wird, und darum lehne ich die Resolution einfach ab. Der Herr Finanzminister sah dann die Hauptschwierigkeiten in der Grund- und Gebäudesteuer. Auch Dr. v. Rauchhaupt schildert die Nachtheile dieser Steuer, und in demselben Sinne sprach vor gestern ein Conservativer im Reichstage, der die Übersetzung an die Gemeinden verlangte und am liebsten die Gutsbezirke gänzlich davon befreit gesehen hätte. Ich ent halte mich, darauf ausführlich einzugehen, und verweise nur darauf, daß er 1885 selbst die Schwierigkeiten hervorgehoben hat, welche sich bei den Überweisungen für die Gutsbezirke ergeben würden. Zu welchem Zweck Dr. v. Rauchhaupt die Gewerbesteuer hineinbrachte, ist uns unverständlich. Eine Reform der Gewerbesteuer wurde uns schon einmal unter dem Ministerium Hobrecht versprochen. Unter einem anderen Ministerium ist auch einmal ein bezüglicher Entwurf ausgearbeitet worden; derselbe lief aber in seinem Gesammtresultat nur auf eine Erhöhung der Gewerbesteuer hinaus. — Ich wiederhole, daß ich gegen die Anträge stimmen werde, weil ich in nächster Zeit eine Reform für nicht durchführbar halte. Eine Reform der directen Steuern, wie wir sie wünschen, erwarte ich von der gegenwärtigen Regierung nicht: *votigia terret*. (Beifall rechts.)

Abg. Wolff (cons.): Wenn wir die Nebenpunkte nicht außer Betracht lassen, so werden wir in Jahrzehnten nicht zu einer Reform der directen Steuern kommen. Jetzt ist der Moment zu einer Reform, weil im Reichstage eine Mehrheit vorhanden ist, die der des Abgeordnetenhauses entspricht. Eine Steuerverminderung soll nicht erfolgen; Steuererleichterungen sind überhaupt nicht möglich. Wie sind mit den Steuererleichterungen die Verbesserungen der Lehrergehälter &c. zu bewerkstelligen? Wir wollen die Steuern von den weniger kräftigen Schultern auf die leistungsfähigeren übertragen. Deshalb wollen wir eine Kapitalrentensteuer. Statt unserer Resolution zu kritisieren, hätte Dr. Rickert einmal einen Entwurf seiner Reichseinkommensteuer vorlegen sollen.

Abg. v. Hnene (Centr.): Die Erklärung des Finanzministers gipfelte in der Forderung, wir sollten einige „Nebenfragen“ bei Seite lassen. Von Seiten der Regierung begreife ich das, aber das es aus dem Hause gebilligt wird, ist neu. Die Frage des Wahlrechtes muß doch wenigstens soweit gestreift werden, als das Wahlrecht derjenigen Wähler gewahrt bleiben muß. Der conservative Antrag enthält zuviel, wenn er nur eine Anregung geben soll, zu wenig, wenn er Directiven geben soll. Dr. v. Rauchhaupt hat davon gesprochen, daß die arbeitenden Klassen verhältnismäßig besser stützt seien, als die anderen Klassen. (Zuruf rechts: Sehr richtig!) Dann sollen also wohl die arbeitenden Klassen stärker mit directen Steuern belastet werden? (Widerpruch rechts.) Ich glaube, wir müssen angestrichen der Vermehrung der indirekten Steuern an eine Entlastung der directen Steuern denken. (Sehr richtig! rechts.) Aber davon steht in dem Antrage nichts. Deshalb können wir dem Antrage nicht zustimmen und haben unsere motivierte Tagesordnung eingebracht, in welcher für die Reform der directen Steuern außer einer gerechten Bertheilung der Lasten auch eine Erleichterung gefordert wird. (Beifall im Centrum.)

Abg. Graf Kanitz (cons.): Der Erlass eines Sperrgesetzes kann nicht erfolgen in diesem Augenblick; das schadet aber auch nichts, weil die Vorräthe gar nicht so groß sind. Man hat verlust, die Bollvorlage durch Hinweis auf die Brauntweinsteuern zurückdrängen; aber die Brauntweinsteuern ist auch ohnehin gesichert. (Hört!)

Abg. Hobrecht (nat. lib.): Wir haben wiederholt die Notwendigkeit einer Reform betont, aber ein so hartes Urtheil, wie der Antrag es über die Klassen- und Ein-

kommensteuer ausspricht, sollten wir vermeiden einer Steuer gegenüber, welche besser ist, als manche Personalsteuer in anderen Staaten. Folgt aus der Überlastung des Grundbesitzes mit der Grundsteuer die Notwendigkeit einer Kapitalrentensteuer? Ebenso könnte man eine Verminderung der Grundsteuer verlangen. Eine Reform der Gewerbesteuer ist dringend notwendig, aber wenn das Abgeordnetenhaus dazu etwas sagen will, dann muß es doch etwas Bestimmtes sagen, nicht bloß eine allgemeine Phrase. In der motivierten Tagesordnung sind alle Directiven besser enthalten.

Generaldirector Burghart: Der Finanzminister hat die Erledigung der Frage der Grund- und Gebäudesteuer nicht zur Vorbedingung dafür gemacht, daß diesem Antrage Folge gegeben werde; er wies nur darauf hin, daß bei jeder Inanspruchnahme des mobilen Kapitals sofort eine Belastung des Grundbesitzes verlangt wird. Das die Finanzverwaltung an diesem Antrage nur ein Interesse hat, wenn er eine Mehreinnahme bringt, muss ich entschieden zurückweisen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Gedlitz (freicons.): Das Hauptbedenken gegen den Antrag Althaus finde ich in dem Hinweis auf die Verhandlungen von 1883. Die damals gefassten Beschlüsse kann man doch nicht ohne nähere Begründung als Grundlage weiterer Arbeiten annehmen.

Abg. Meyer-Breslau (frei.): Es ist der Schein erweckt worden, als ob ich 1883—1884 durch teuflische

Kräfte das Zustandekommen des schönen Werkes verhindert hätte. Ein Bericht ist damals nicht erstattet worden; das Resultat der sechswochentlichen Commissionssprechungen war, daß man eine Zulassung der Beschlüsse 2 Tage nach dem Schluß des Landtags vertheilen konnte. Die häufigste Schwierigkeit war damals der Gegensatz zwischen der conservativen Partei und der Regierung,

welch letztere die untersten 4 Stufen der Klassensteuer aufheben wollte. Darauf scheiterten die Verhandlungen. Der Nebenpunkt der mediatischen Fürsten wurde nicht von dem hohen Standpunkt aus betrachtet wie heute. Auch das Wahlrecht wurde damals nicht als Nebenpunkt angesehen, und mit Recht, weil eine Änderung des Steuersystems in das Wahlrecht eingreift. Die Quotisierung betrachten wir gar nicht ausschließlich unter dem Gesichtspunkt einer parlamentarischen Machtfrage, sondern wir halten sie für unerlässlich für eine gute Finanzverwaltung; deshalb können wir sie nicht als einen Nebenpunkt betrachten. Wenn Dr. Wolff sich seiner socialistischen Sympathien rühmt, so sollte er dafür sorgen, daß die Lebensmittel durch Steuern nicht verhetzen würden. Das Getreide ist teurer bei uns als in den Ländern, wo die Getreidezölle nicht bestehen. Das zeigt ein Blick auf den Courszettel. Wenn in der motivierten Tagesordnung nur der erste Satz stände, könnten wir zustimmen. Wir verstehen unter einer Reform nicht bloß eine Veränderung, sondern auch eine Verbesserung. Der zweite Satz ist uns unklar und dem dritten können wir nicht zustimmen nach den Erklärungen des Finanzministers. Graf Kanitz hat heute von den Getreidezöllen gesprochen mit einer Bestimmtheit, daß man sagen könnte: vor solcher göttlicher Beglaubigung muß alle irdische Klugheit schwiegen. Die Getreidezölle sind in einer Verlenkung verschwunden, solange die Brauntweinsteuern die Tagesordnung beherrscht. Die Nationalliberalen hoffen, sie werden nicht wiederkommen. Wir glauben das Gegenteil. Graf Kanitz meinte, nur Speculanen hätten sich die Finger verbrannt. Es wird vielen von Ihnen bekannt sein, daß das Brod von Mehl hergestellt wird (Heiterkeit), daß das Mehl aus Getreide gemahlen wird. Wenn die Müller ihren Kunden, den Bäckern, Mehl geben wollen, so müssen sie sich Getreide verschaffen. Die Nachricht von einem bevorstehenden Sperrgesetz ist von einem Organ gebracht worden, dessen Redakteur von Dr. v. Scholz das Zeugnis eines guten Verständnisses erhalten hat. Das diese Mittheilung Gläubige fand, ist sicher.

Generaldirector Burghart: Die Vorlage von 1883 sollte die unteren Steuern entlasten und den Auffall bei den höheren Stufen deuten. Eine Mehreinnahme war von der Regierung nicht beabsichtigt.

Abg. v. Minnigerode: Die Rede des Finanzministers, namentlich die Warnung vor der Verfolgung von Nebenzwecken, ist sehr beherzigenswert. Redner polemisiert dann gegen die einzelnen Redner in der Debatte und gegen die motivierte Tagesordnung. Das Centrum scheint jetzt die Regierung mit Vertrauensvoten überzutragen zu wollen. Wollen denn die drei Parteien wirklich eine Erleichterung der Klassensteuer und die Einführung einer Kapitalrentensteuer? Unser Antrag ist ihnen zu ernsthaft, deshalb verbrechen sie sich hinter eine motivierte Tagesordnung.

Der Antrag v. Hnene wird darauf gegen die Stimmen der Conservativen und Freisinnigen angenommen.

Nächste Sitzung: Freitag.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 12. Mai. Getreidemarkt. Weizen loco rubig, holsteinischer loco 172,00—176,00. — Roggen loco rubig, medlenburgischer loco 130 bis 136 russischer loco rubig, 98,00—101,00. — Hafer und Gerste null. — Rübbel null, loco 41.

— Spiritus matter, 7c Mai 24 $\frac{1}{4}$ Br., 7c Juli-August 26 Br., 7c Septbr.-Oktbr. 27 $\frac{1}{4}$ Br., 7c Nov.-Dezbr. 27 $\frac{1}{4}$ Br. — Kaffee lebhaft, Umlauf 17 500 Sac. — Petroleum flau, Standard white loco 6,00 Br., 5,90 Od., 7c August-Dez. 6,30 Od.

Wetter: Schön.

Abg. v. Gedlitz (frei.): Das Hauptbedenken gegen den Antrag Althaus finde ich in dem Hinweis auf die Verhandlungen von 1883. Die damals gefassten Beschlüsse kann man doch nicht ohne nähere Begründung als Grundlage weiterer Arbeiten annehmen.

Abg. Meyer-Breslau (frei.): Es ist der Schein

erweckt worden, als ob ich 1883—1884 durch teuflische Kräfte das Zustandekommen des schönen Werkes verhindert hätte. Ein Bericht ist damals nicht erstattet worden; das Resultat der sechswochentlichen Commissionssprechungen war, daß man eine Zulassung der Beschlüsse 2 Tage nach dem Schluß des Landtags vertheilen konnte. Die häufigste Schwierigkeit war damals der Gegensatz zwischen der conservativen Partei und der Regierung, welch letztere die untersten 4 Stufen der Klassensteuer aufheben wollte. Darauf scheiterten die Verhandlungen. Der Nebenpunkt der mediatischen Fürsten wurde nicht von dem hohen Standpunkt aus betrachtet wie heute. Auch das Wahlrecht wurde damals nicht als Nebenpunkt angesehen, und mit Recht, weil eine Änderung des Steuersystems in das Wahlrecht eingreift. Die Quotisierung betrachten wir gar nicht ausschließlich unter dem Gesichtspunkt einer parlamentarischen Machtfrage, sondern wir halten sie für unerlässlich für eine gute Finanzverwaltung; deshalb können wir sie nicht als einen Nebenpunkt betrachten. Wenn Dr. Wolff sich seiner socialistischen Sympathien rühmt, so sollte er dafür sorgen, daß die Lebensmittel durch Steuern nicht verhetzen würden. Das Getreide ist teurer bei uns als in den Ländern, wo die Getreidezölle nicht bestehen. Das zeigt ein Blick auf den Courszettel. Wenn in der motivierten Tagesordnung nur der erste Satz stände, könnten wir zustimmen. Wir verstehen unter einer Reform nicht bloß eine Veränderung, sondern auch eine Verbesserung. Der zweite Satz ist uns unklar und dem dritten können wir nicht zustimmen nach den Erklärungen des Finanzministers. Graf Kanitz hat heute von den Getreidezöllen gesprochen mit einer Bestimmtheit, daß man sagen könnte: vor solcher göttlicher Beglaubigung muß alle irdische Klugheit schwiegen. Die Getreidezölle sind in einer Verlenkung verschwunden, solange die Brauntweinsteuern die Tagesordnung beherrscht. Die Nationalliberalen hoffen, sie werden nicht wiederkommen. Wir glauben das Gegenteil. Graf Kanitz meinte, nur Speculanen hätten sich die Finger verbrannt. Es wird vielen von Ihnen bekannt sein, daß das Brod von Mehl hergestellt wird (Heiterkeit), daß das Mehl aus Getreide gemahlen wird. Wenn die Müller ihren Kunden, den Bäckern, Mehl geben wollen, so müssen sie sich Getreide verschaffen. Die Nachricht von einem bevorstehenden Sperrgesetz ist von einem Organ gebracht worden, dessen Redakteur von Dr. v. Scholz das Zeugnis eines guten Verständnisses erhalten hat. Das diese Mittheilung Gläubige fand, ist sicher.

Amsterdam, 12. Mai. Getreidemarkt. Weizen 7c Nov. 226. — Roggen 7c Mai 120—121, 7c Oktober 123—122.

Antwerpen, 12. Mai. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinurte, Type weiß, loco 15 bez. und Br., 7c Juni 15 Br., 7c August 15 $\frac{1}{2}$ Br., 7c Septbr.-Dezbr. 16 Br. Rübli.

Antwerpen, 12. Mai. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest. Roggen behauptet. Hafer ruhig. Gerste unbeliebt.

Paris, 12. Mai. (Schlußcourse.) 3% amortisierbare Rente 83,55, 3% Rente 80,82%, 4% Anleihe 103,15, italienische 5% Rente 98,00, Oesterl. Goldrente 89 $\frac{1}{2}$, ungarische 4% Goldrente 81%, 5% Russen de 1877 100,40, Franzosen 457,50, Lombardische Eisenbahnactionen 175,00, Lombardische Prioritäten 293, Couvert. Türkens 13,72%, Türkensloose 31,50, Credit mobilier —, 4% Spanier 65 $\frac{1}{2}$, Banque ottomane 504, Credit foncier 1365, 4% Ägypter 376,00, Suez-Aktionen 2015,00, Banque de Paris 718, Banque d'escrime 457,00, Wechsel auf London 25,22%, 5% privil. türkische Obligationen 347, Panama-Aktionen 404.

Paris, 12. Mai. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen rubig, 7c Mai 26,75, 7c Juni 27,10, 7c Juli-August 27,25, 7c Septbr.-Oktbr. 25,60. — Roggen rubig, 7c Mai 17,00, 7c Septbr.-Dezbr. 15,40. — Mehl rubig, 7c Mai 56,30, 7c Juni 56,90, 7c Juli-August 57,80, 7c Sep.-Dez. 55,75. — Rübli behpt., 7c Mai 48,75, 7c

Juni 49,25, 7c Juli-August 50,00, 7c Sep.-Oktbr. 51,75. — Spiritus hept., 7c Mai 42,25, 7c Juni 42,25, 7c Juli-August 42,25, 7c Septbr.-Oktbr. 40,75. — Wetter: Bedeckt.

Paris, 12. Mai. Bankausweis. Baarvorath in Gold 1 190 900 000, Baarvorath in Silber 1 185 200 000, Portefeuille der Hauptbank und der Filialen 564 000 000, Notenumlauf 2 733 500 000, laufende Rechnungen der Privaten 340 600 000, Guthaben des Staatschafes 242 500 000, Gesamt - Vorschüsse 276 500 000, Bins- und Discont - Erträge 10 020 000, Verhältnis des Notenumlaufs zum Baarvorath 86,57.

London, 12. Mai. An der Kultie angeboten 3 Weizenladungen. — Wetter: Regendrohend.

London, 12. Mai. Consols 103, 4% proc. preußische Consols 105 $\frac{1}{2}$, 5% procentige italienische Rente 97%, Lombarden 67%, 5% Russen de 1871 95 $\frac{1}{2}$, 5% Russen de 1872 95 $\frac{1}{2}$, 5% Russen de 1873 97%. Couvert. Türkens 13 $\frac{1}{2}$, 4% fund. Amerik. 181 $\frac{1}{2}$, Oesterl. Silberrente 66, Oesterl. Goldrente 89, 4% ungar. Goldrente 80%, 4% Spanier 65 $\frac{1}{2}$, 5% privil. Ägypter 97 $\frac{1}{2}$, 4% ungar. Ägypter 74 $\frac{1}{2}$, 3% garant. Ägypter 100%, Ottomant 10%. Suezaktionen 79%. Canada-Pacific 66. Plazadiscount 1%. — Wechselnotierungen: Deutsche Plätze 20,52, Wien 12,36, Paris 25,42%, Peterburg 20 $\frac{1}{2}$.

Glasgow, 12. Mai. Rohreisen. (Schluß). Mixed numbers warrants 41 ab. 1 d.

Newyork, 11. Mai. (Schluß-Course.) Wechsel auf Berlin 95%, Wechsel auf London 4,85 $\frac{1}{2}$, Cable Transfers 4,87 $\frac{1}{2}$. Wechsel auf Paris 5,19%, 4% fund. Aukleie von 1877 129, Erie-Bahn-Aktion 34 $\frac{1}{2}$, New-yorker Central-Aktion 113%, Chicago North-Western-Aktion 123 $\frac{1}{2}$, Lake-Shore-Aktion 96 $\frac{1}{2}$, Central-Pacific-Aktion 40, Northern Pacific - Preferred - Aktion 62 $\frac{1}{2}$, Louisville u. Nashville-Aktion 68 $\frac{1}{2}$, Union-Pacific-Aktion 61%, Chicago-Milw. u. St. Paul-Aktion 92%, Reading und Philadelphia-Aktion 45 $\frac{1}{2}$, Wabash-Preferred-Aktion 37 $\frac{1}{2}$, Canada-Pacific-Eisenbahn-Aktion 64, Illinois-Centralbahn-Aktion 186 $\frac{1}{2}$, Erie-Second-Bonds 163 $\frac{1}{2}$.

— Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 10%, do. in New-Orleans 10%, raffin. Petroleum 70%. Abel Test in Newyork 6 $\frac{1}{2}$ Od. do. in Philadelphia 6 $\frac{1}{2}$ Od., rohes Petroleum in Newyork — D. 6 Od. do. Pipe line Certificat — D. 64 Od. Buder (Fair refining Muscovados) 4 $\frac{1}{2}$. — Kaffee (Fair Rio) 18 $\frac{1}{2}$. — Schmalz (Wilcox) 7,30, do. Fairbanks 7,85, do. Rohe und Brothers 7,80. — Spec 8 $\frac{1}{2}$. — Getreidefracht 2.

London, 12. Mai. Bankausweis. Totalreserve 14 421 000, Notenumlauf 24 676 000, Baarvorath 23 346 000, Portefeuille 18 763 000, Guthaben der Privaten 26 199 000, Guthaben des Staats 43 800 000, Notenreserve 12 942 000, Regierungssicherheit 15 255 000. Prozentverhältnis der Reserve zu den Passiven 46% gegen 48 $\frac{1}{2}$ in der Vorwoche.

Newyork, 12. Mai. Wechsel auf London 4,85 $\frac{1}{2}$. Rother Weizen loco 0,97, 7c Mai 0,96%, 7c Juni 0,96, 7c September 0,93 $\frac{1}{2}$. Mehl loco 3,60, Mais 0,48%. Fracht 2 d. Buder (Fair refining Muscovados) 4 $\frac{1}{2}$.

Plehnendorfer Canal-Liste.

12. Mai.

Schiffsgesäße.

Stromab:

Lüttke, Bromberg, 70 T. Soda, Ordre; Krüger, Montwy, 82,5 T. Soda, Ordre; Krupp, Marienwerder, 86,1 T. Weizen, 11,3 T. Gerste, Hirschberg; Napp, Stuttgorth, 13 T. Weizen, 12 T. Gerste, Nickel; sämlich nach Danzig.

Stromauf:

Rydlewski, Danzig, 68 T. Kohlen, Ordre, Włocławek.

Seidenstoffe: Redacteur: für den vor. den West und den Süden: Redacteur: Dr. B. Hermann. — das Feuilleton und die Redactur: — den Laden und Importellen, Handels-, Wörterbuch, — das den ältesten redaktionellen Inhalt: A. Klein, — für den Innen: Dr. B. Klemann, sämlich in Danzig.